

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von U. Bren.

Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Lamerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaisstraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

### Gegen das kollektive Arbeitsrecht.

Die gegenwärtig so heiß umstrittene Frage des staatlichen Schlichtungswesens bildet den Mittelpunkt einer Auseinandersetzung zwischen dem Syndikus der deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Braumüller, und Professor Dr. Singheimer (Frankfurt a. M.). Bei dieser Veranstaltung, die im Rahmen der Deutschen Hochschule für Politik stattfand, brachte Professor Singheimer in seinem Referat so bedeutende und neue Gedanken zum staatlichen Schlichtungswesen, daß es angebracht erscheint, die wesentlichen Gesichtspunkte seines Vortrages auch hier herauszuheben und einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Daß es bei dem Kampf der Arbeitgeberseite gegen das staatliche Schlichtungswesen um mehr geht als um die Frage der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, dürfte von Anfang an in allen Entgegnungen der Arbeiterpresse deutlich zum Ausdruck gebracht sein. Wer einmal die Entwicklung verfolgt, die in der letzten Zeit unsere Arbeitsrechtspraxis nahm, über Anerkennung der gelben Werkvereine und Gültigkeitserklärung des Lohnverzichts, der weiß, daß der Kampf der Unternehmer sich in Wirklichkeit gegen das kollektive Arbeitsrecht selbst wendet. Gelingt es der Arbeiterschaft nicht, den Stoß aufzufangen und abzulenken, so ist nicht nur das Schlichtungswesen in Frage gestellt, sondern unser modernes Arbeitsrecht selbst, dessen Grundlagen im Kollektivismus liegen. Wird die staatliche Schlichtung, die auch gegen den Willen eines einzelnen die Parteien im Zwangstarif zusammenzubringen vermag, beseitigt, dann ist künftig das Zustandekommen von Tarifverträgen wieder wie in der Vorkriegszeit vom Willen der Arbeitgeberseite abhängig gemacht. Dann werden wir zwar in kleineren Berufszweigen, wo weniger starke und kapitalkräftige Arbeitgeberverbände geschlossenen Arbeiterorganisationen gegenüberstehen, den Tarifvertrag erzwingen, aber den Konzernherren von der Kohle und vom Eisen in Rheinland-Westfalen wird noch immer als Idealzustand die Vorkriegspraxis vor Augen stehen, als der Unternehmer sich mit keinem Gewerkschaftssekretär an den Verhandlungstisch setzte und seinen Arbeitern die Arbeitsverhältnisse vorschrieb. Der Vorkriegsgegen das Schlichtungsverfahren ist in der Tat — wie Singheimer so glänzend ausführte — der Vorkrieg für den individuellen Arbeitsvertrag, ist nicht ein Kampf auf einem Teilgebiet, sondern zielt in das Zentrum des kollektiven Arbeitsrechts.

In den Begründungen, die die Arbeitgeber ihrem Vorkrieg folgen ließen, spielte der Hinweis eine große Rolle, daß die staatliche Zwangsschlichtung eine Diktatur des Staates über die Wirtschaft bedeute, die je länger desto mehr unerträglich würde. Liberale Grundzüge von der Notwendigkeit der Wirtschaftsfreiheit werden, sich auflackernd, aus dem alten Phrasenschatz wieder hervorgeholt, und man vergißt ganz, daß in einer Zeit der Kartelle, Konzerne und Truste es wenig ansteht, sich als den Kämpfer für die freie Wirtschaft aufzuspielen. Aber Logik ist meist die schwache Seite der Unternehmerpolitik, und wo klingende Formulierungen locken, stellt man sie gern im Vertrauen auf die Leichtgläubigkeit der großen Massen beiseite. Wie steht es aber denn eigentlich um die Diktatur? Wir haben die Hoffnung, daß sich die Arbeiterschaft nicht täuschen lassen wird, denn allzu lange hat sie es am eigenen Leibe zu spüren bekommen, was Freiheit des Arbeitsmarktes in der Wirklichkeit bedeutet: nämlich die Diktatur des Arbeitgebers. So steht in der Wirklichkeit das Anklage derjenigen aus, die heute für Freiheit in der Wirtschaft zu kämpfen vorgeben, die längst im Monopolkapitalismus für den Warenmarkt durch die Monopolorganisationen beseitigt ist und die nunmehr durch den Kampf gegen den staatlichen Eingriff auch auf dem Arbeitsmarkt in die schrankenlose Diktatur der Arbeitgeberseite umgebogen werden soll, da man die staatlichen Beschränkungen in der Ausbeutung der Arbeitskraft, den Arbeitsschutz und die ganze staatliche Sozialpolitik, als lästig und hemmend empfindet.

Auch der Einwand, daß der staatliche Eingriff die Selbstverwaltung in der Wirtschaft bedrohe, indem über die Köpfe der Beteiligten hinweg der Staat seinen Machtanspruch fälle, ist nicht zutreffend. Ihrem Wesen nach hat die Selbstverwaltung ihre Wurzel und ihren Rückhalt im Staat, ohne dessen Existenz Selbstverwaltung einfach nicht denkbar ist. Auch im Arbeitsrecht ist Selbstverwaltung nur in Verbindung mit der staatlichen Autorität möglich, eine Grundtatsache, die für jede Selbstverwaltung schlechthin Gültigkeit besitzt. Auch in der Selbstverwaltung unserer Gemeinden und Provinzen, deren Wesen in der Übertragung staatlicher Befugnisse auf öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörper besteht, kennen wir den staatlichen Eingriff, bleibt Raum für die Staatsautorität, die dort eingreift, wo Staatsnotwendigkeiten es erfordern. Können sich beispielsweise die Selbstverwaltungskörper über den Etat nicht einig werden und wird dadurch die Erfüllung notwendiger Aufgaben verhindert, so greift der Staat ein und setzt durch seinen Beschluß den Etat fest. Dieses selbe Interesse hat der Staat als Wahrer des

Gesamtinteresses am Zustandekommen von Tarifverträgen einmal, um die Arbeitskämpfe möglichst zu vermeiden, dann, weil eine Reihe staatlicher Gesetze (Arbeitszeitgesetz usw.) das Vorhandensein von Tarifverträgen voraussetzen, und schließlich, weil der Staat in der Lage sein muß, solche Gruppen sozial zu heben, die von sich aus allein dazu nicht imstande sind. Der Monopolkapitalismus mit seinen gewaltigen Zusammenballungen hat die Wirtschaft längst ihres privaten Charakters entkleidet und sie zu einer öffentlichen Angelegenheit gemacht, die dem Staat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht gibt, da eingzugreifen, wo das Sonderinteresse das volkswirtschaftliche Interesse zu überwuchern droht.

Der dritte Einwand, den die Arbeitgeberseite gegen die staatliche Zwangsschlichtung ins Feld führt, geht von der Verantwortlichkeit der Beteiligten aus, die von der Praxis des staatlichen Schlichtungsverfahrens mehr und mehr untergraben werde, indem die Parteien jetzt nicht mehr mit ihrem eigenen Leib für ihre Forderungen einzustehen hätten, sondern dem Staat die Verantwortung überließen. Man

### Die Notwendigkeit der Demokratisierung der Wirtschaft.

Die politische Demokratie, so notwendig sie ist, genügt für sich allein noch keineswegs zur Befreiung des Proletariats; denn noch nie ist jemand von politischen Rechten allein satt geworden. Erst die wirtschaftliche Befreiung, das heißt: erst die soziale Demokratie führt zur Verwirklichung der leuchtenden Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Diese soziale Demokratie ist es aber, die der proletarische revolutionäre Klassenkampf anstrebt. Und so ist dieser Klassenkampf in Wahrheit nichts anderes als die Vollendung des großen Ideals der Menschenrechte. Erst die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln schafft die neue wirtschaftliche Grundlage, auf der eine Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit möglich ist, eine menschliche Gesellschaft, die wirklich erst diesen Namen verdienen wird.

(Mag. Adler: „Die Kulturbedeutung des Sozialismus.“)

prägt das Wort vom „risikolosen Gewerkschaftssekretär“, der unwahrscheinlich hohe Lohnforderungen stelle und so die Verhandlungen der Tarifparteien selbst mehr und mehr zur bloßen Farce und Belanglosigkeit mache. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Behauptung wenig berücksichtigt, daß gerade unser deutsches Schlichtungsverfahren alle Möglichkeiten der Verständigung ausschöpft, bevor es zum Zwangsanspruch des Staates kommt, klingt die Sorge um die Verantwortung der Arbeitnehmer an der Wirtschaft etwas merkwürdig im Munde derjenigen, die bisher es immer ablehnten, den Arbeiter durch Beteiligung und Überlassung von Mitbestimmungsrechten Verantwortungen tragen zu lassen. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß gerade die Gewerkschaften es gewesen sind, die immer gefordert haben, daß der staatliche Zwangsanspruch nur die äußerste Maßnahme sein dürfe, nachdem alle Möglichkeiten der Verständigung erschöpft seien. Aber auch unter einem anderen und höheren Gesichtspunkt ist der Hinweis, der staatliche Eingriff gefährde die Verantwortlichkeit, unzulänglich und ohne Beweiskraft. Die ganze Rechtsgeschichte ist die Lehre davon, daß private Verantwortlichkeiten mehr und mehr aufgehoben und dem Staate übertragen werden. Das gilt für das Strafrecht, und das gilt für das private Recht, denn immer bedeutet die staatliche Regelung, daß Verantwortlichkeiten, die einst von einem einzelnen oder einer einzelnen Gruppe getragen wurden, nunmehr vom Staate übernommen werden. Alle Verantwortlichkeiten verschwinden, aber es entstehen zugleich neue. Die Entwicklung zum Rechtsstaat ließ zugleich den Staatsbürger entstehen mit der neuen Verantwortung um den Staat, auf den er Einfluß zu gewinnen und dessen Geschicke er in wachsendem Maße mitzugestalten suchte. Diese neue Verantwortlichkeit in der Wirtschaft ist aber die Wirtschaftsdemokratie, und die Verantwortung wird in dem Maße sich verwirklichen, als auch der Arbeiter an der Leitung der Wirtschaft beteiligt wird. Wäre es den Arbeitgebern ernst mit ihrer Sorge um die Verantwortlichkeit aller Wirtschaftsbeteiligten, so hätten sie hier die beste Gelegenheit, durch praktische Tat diese Sorge zu bannen. Nicht die Aufhebung der staatlichen Schlichtung und der Kampf gegen kollektives Arbeitsrecht schafft die geforderte Verantwortlichkeit, sondern allein die Beteiligung der Arbeiter an der Wirtschaft, an ihrer Leitung und ihren Ergebnissen. Das aber ist zugleich der Weg, der in die Zukunft weist und die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaftsordnung vorbereitet.

### Wie werden die Gewinne verwendet?

Wie auf Kommando ertönen in Verfammlungen, Blättern und Geschäftsberichten Klagen über die allzu geringe Kapitalbildung in der deutschen Wirtschaft. Dafür sind freilich die hohen Löhne, die Steuern und Soziallasten verantwortlich! Als eine wohlthuende Abwechslung kann man nun in der „Frankfurter Zeitung“ außerordentlich beachtenswerte Ausführungen über die Schmälerung der volkswirtschaftlich nützlichen Kapitalbildung durch die Auswüchse der Selbstfinanzierung lesen. Die kartellierten Unternehmungen haben hohe Gewinne, die sie nur zu einem sehr geringen Teil als Dividende verteilen. Der Rest wird für die Erweiterung der Anlagen verwendet, eine Erweiterung, die auf der ganzen Linie weit über die Absatzmöglichkeiten hinausgeht und damit eine volkswirtschaftlich schädliche Fehlleitung von Kapitalien darstellt. Diese Ausdehnung führte ihrerseits zur Steigerung des Anteils der fixen Kosten je produzierte Einheit, was wieder infolge steigender Absatzschwierigkeiten zu weiteren Preisserhöhungen verleitet. Die steigenden Preise veranlassen die Aufenseiter zu Neugründungen und Betriebserweiterungen, sehr häufig in der spekulativen Absicht, sich durch das Kartell aufkaufen zu lassen. So führt diese Entwicklung letzten Endes trotz hoher Preise und technischen Fortschritts infolge ungenügender Betriebsausrüstung zur Verknappung der Gewinne. Auf diese Weise wird die volkswirtschaftlich nützliche Kapitalbildung untergraben.

Wie aufgebläht der deutsche Produktionsapparat infolge dieser Vorgänge geworden ist, dafür mögen einige Zahlen zeugen. Die Leistungsfähigkeit der Ruhrstahlindustrie beträgt 23 Millionen Tonnen, bei einer Produktion von 14 Millionen im Jahre 1928. Abermäßig ausgedehnt hat sich der Kohlenbergbau, und zwar erfolgte die Ausdehnung, wie in der Denkschrift des Ruhrkohlenbergbaues selbst festgestellt wird, zu 60 Prozent aus laufenden Gewinnen. Die Kokereien können nur einen Teil ihrer Leistungsfähigkeit ausnützen. Die Großkokereien sind nur zu etwa 60 Prozent beschäftigt, obwohl der Ausbau der neuen Kokereien noch bei weitem nicht beendet ist. Die Röhrenwalzwerke können trotz guten Absatzes nur 40 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit ausnützen, und trotzdem sollen neue Röhrenwerke — von Krupp — in Bau genommen werden. Die westdeutsche Zementindustrie arbeitet mit 35 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit und hat trotzdem noch in der letzten Zeit am Ausbau ihrer Anlagen gearbeitet. Die gesamte deutsche Zementindustrie arbeitet mit 50 bis 60 Prozent der Leistungsfähigkeit, obwohl die Absatzziffern an sich sehr befriedigend sind. Außer diesen von der „Frankfurter Zeitung“ angeführten Industriezweigen benützen noch eine Anzahl anderer, monopolistisch verwalteter Produktionszweige ihre Gewinne zu einer übermäßigen Erweiterung. Was bedeutet der unvernünftige Kampf zwischen Sappag und Norddeutschem Lloyd, die beide ungeheure Summen für Riesendampfer, für welche keine Ausnützungsmöglichkeiten da sein werden, ausgeben, anders als eine volkswirtschaftliche Kapitalverschwendung. Jeder weiß, daß wir in absehbarer Zeit vor einer Weltkrise der Stickstoffindustrie stehen; dennoch erweitern sowohl die I.-G. Farbenindustrie wie ihre Konkurrenten im Ruhrbergbau ihre Stickstoffanlagen. Der Konflikt in der Kunstseideindustrie zwischen dem Glanzstofftrust und der I.-G. ist ebenfalls darauf zurückzuführen, daß die I.-G. trotz des Konjunkturrückschlages in der Kunstseideindustrie zu einer übermäßigen Ausdehnung ihrer Kunstseideanlagen geschritten ist. Die gleiche außerordentliche Ausdehnung der Leistungsfähigkeit ist in der Porzellanindustrie, insbesondere in der Saffelgeschirrinindustrie, festzustellen. Rechnet man die Waggon- und Lokomotivindustrie und die Werstindustrie, wo die Gründe für die geringe Ausnützung ihrer Leistungsfähigkeit in den veränderten Verhältnissen liegen, hinzu, so erhalten wir ein erschreckendes Bild davon, wie die unter schweren Entbehrungen der Verbraucher ersparten Kapitalien verwendet werden, und weshalb die volkswirtschaftlich nützliche Kapitalbildung nicht in dem erwünschten Tempo fortschreiten kann.

Auffallen muß es nun, daß die Geschäftsberichte der großen Banken, die in ihren Klagerufen wegen zu geringer Kapitalbildung sich nicht genug tun können, kein Wort von diesen Vorgängen erwähnen und nur auf hohe Löhne, Steuern und Soziallasten schimpfen. Bedeutet doch die hier geschilderte Art der Selbstfinanzierung aus laufenden Gewinnen einmal die geringere Inanspruchnahme der Banken seitens der kartellierten Unternehmungen, zum anderen eine Schmälerung der Kreditverforgung für die nichtkartellierten wie die kleineren und mittleren Unternehmungen. Doch sind die Großbanken mit den kartellierten Unternehmungen so eng verbunden, daß sie sich an eine solche Kritik unter keinen Umständen heranzuwagen. Außerdem besteht zwischen Bankkredit und Selbstfinanzierung noch folgender Zusammenhang, worauf die „Frankfurter Zeitung“ hinweist: Jene Unternehmungen, die die größten Gewinne erzielen, sind am meisten kreditfähig. Deshalb werden sie von den Banken umworben. Die Banken drängen ihnen die Kapitalien auf, die sie zur Erweiterung ihrer Betriebe noch zuzüglich ihrer laufenden Gewinne brauchen. Somit sind die Banken an der gewaltigen Kapitalverschwendung mitguldig.

### Teno, Sport und Arbeiterschaft.

Während die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft einen unerbittlichen Kampf gegen die technische Nothilfe führt, weil diese in erster Linie ein Kampfmittel gegen die um ihre Existenz ringende, um die Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfende Arbeiterschaft darstellt, versuchen bürgerliche Korporationen aller Art die Teno am Leben zu erhalten. Die begrüßenswerte Aktivität des Ministers Sewering, der sich für die Streichung der für die Teno im Reichshaushaltsplan jährlich erscheinenden Millionenbeträge einsetzt, fand bei der Arbeiterschaft allgemeinen Anklang, veranlaßte aber auch die Teno und ihre Freunde, neue Mittel und Wege zur Erhaltung und Finanzierung der Teno durch das Reich zu suchen, was ihnen auch zum Teil gelang. Denn gemäß einer Meldung der T.-U. (Telegraphen-Union) sind im Jahreshaushaltsplan für 1929 bereits wieder 1 400 000 Mk. für die Teno vorgesehen.

Um ihre Existenzberechtigung nachzuweisen, veranlaßte die Teno, getreu dem Sprichwort „Mit Speck fängt man Mäuse“, 1928 zwischen Wesel und Rees eine Probemobilmachung. Anlaß dazu sollte ein gedachtes Hochwasser des Rheines sein, und es sollte nun die Aufgabe der Teno sein, die größten Schrecken der Hochwassergefahr durch schnelles Eingreifen nach Möglichkeit einzudämmen. Zu ihrer Probemobilmachung zog die Teno folgende Organisationen hinzu: Deutsche Lebens-Rescue-Gesellschaft (DLRG), Allg. Deutscher Automobil-Club (ADAC), Rotes Kreuz, Reichswehr, Schutzpolizei und die Berufsfeuerwehren von Essen und Duisburg-Mühlheim. Außerdem stellte die Reichsbahn Sonderzüge, die Rheinische Bahngesellschaft Düsseldorf und das Wasserbauamt Wesel Wasserfahrzeuge zur Verfügung. Voll Beschließung stellte „Der Schwimmer“, das Amtsblatt des Deutschen Schwimmverbandes, in seiner Nr. 44 vom 31. Oktober 1928 fest: „So arbeiteten beamtete Stellen und freiwillige Kolonnen zusammen mit über 1000 Personen.“

Wie schon gesagt, versuchte die Teno mit dieser Übung ihre Existenzberechtigung nachzuweisen, wobei sie die erforderliche Unterstützung bürgerlicher Sportverbände erhielt. Außerdem erhielt sie ein Dankschreiben von dem zuständigen Regierungspräsidenten folgenden Inhalts:

Der Regierungspräsident, Düsseldorf, den 19. 10. 1928.  
I. C. Nr. 3121/19. 10.

Aus Anlaß der erfolgreich durchgeführten Hochwasserschutzübung im Kreise Rees am 14. d. M. erlaube ich mir, Ihnen meinen Dank zu sagen für die tatkräftige Unterstützung, die Sie im Verein mit den anderen beteiligten Verbänden der Übung zuteil werden ließen. Ich bitte Sie, auch den an der Übung selbst mitwirkenden Teilnehmern meinen Dank übermitteln zu wollen.

Die Übung, bei welcher die verschiedenen am Hochwasserschutz beteiligten Behörden und Verbände in so glänzender Weise zusammengewirkt haben, hat eine Fülle von Anregungen und Erfahrungen gebracht, die nicht hoch genug geschätzt werden können. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Übung dazu beitragen wird, die Zusammenarbeit der beteiligten Verbände zu fördern, damit im Falle der Gefahr der bedrängten Bevölkerung wirksame Hilfe gebracht werden kann.“

Trotz dieses Anerkennungs-schreibens ist noch nicht die Notwendigkeit der Erhaltung der Teno bewiesen, denn was die betreffende Übung beweisen sollte, wurde durch die Tatkraft der Arbeiterportier schon vor einigen Jahren erfüllt, wofür folgendes Beispiel aus Remscheid a. Rh. ein beredtes Zeugnis ablegt:

Da brach um die Jahreswende 1925/26 das verheerende Hochwasser herein. Sofort wurden sämtliche Boote der Arbeiter-Wasserportier auf Anfrage der Stadt in den Hochwasserdienst eingeteilt. Sie übernahmen in bereitwilligster Form den Sicherheits-, Kontroll-, Post- und Hypothekendienst, der zu

voller Zufriedenheit der Auftraggeber ausgeführt wurde.“ („Freier Wasserport“ d. 18. 4. 26.)

An diesem der wirklichen Praxis, also nicht nur einer Geländebübung entspringenden Gegenbeweis ist nicht zu rütteln, ebensowenig als an den von unseren Gewerkschaften aufgestellten und der Praxis entspringenden Behauptung von der Überflüssigkeit der Teno.

Gerade deshalb aber versucht das Bürgertum mit aller Macht die Teno zu halten, weil die bürgerliche Gesellschaft in allen ihren Schichten weiß, welch gute Waffe die Teno gegen die Arbeiterschaft darstellt. Aus diesem Grunde auch schreibt das Amtsblatt des DSW. und der DRG. („Der Schwimmer“) in seiner Nr. 5 v. 30. 1. 29:

„Die Notwendigkeit der Teno bei großen Katastrophen ist durch die Praxis erwiesen, und die umfangreiche, im Oktober letzten Jahres stattgefundene Übung gab eine weitere Bestätigung hierfür. Alle bürgerlichen Parteien sowie die Reich-Dankerische Gewerkschaft sind für Beibehaltung der Teno, und wenn die Sekretäre der anderen Gewerkschaften erklären, sie können im Notfall dasselbe leisten, so beruht das auf einer Verkenntnis der Schwierigkeiten.“

### Menschenwürde und Sozialismus.

Es gibt aber nur da wahre Menschenwürde, wo Unabhängigkeit herrscht, kühner Wille, freie und freudige Anpassung des Individuums an das Ganze. Überall da, wo die Menschen von der Gnade anderer abhängig sind, wo sie nicht aus freiem Willen an den allgemeinen Aufgaben mithelfen, wo das Individuum durch die Macht anderer, aus Gewohnheit und nicht aus freiem Entschlusse den Gesetzen der Gesamtheit unterworfen ist, überall da kann man nur von minderwertiger, verstümmelter Menschenwürde sprechen. Folglich wird die Menschheit erst durch die Abschaffung des Kapitalismus und die Einführung des Sozialismus zu ihrem Recht kommen.

Jean Jaures („Aus Theorie und Praxis“).

Etwas weiter unten bringt dann „Der Schwimmer“ folgende Nutzenanwendung seiner Betrachtungsweise:

„Die Mitarbeit in der Teno sei allen Turn- und Sportvereinen, vor allem unseren Schwimmern, dringend ans Herz gelegt.“

Zum Schluß freut sich „Der Schwimmer“, dann noch feststellen zu können, daß durch Bereitstellung der entsprechenden Finanzen für die Sicherung des Fortbestehens der Teno Sorge getragen ist.

Aus allem dem ist ersichtlich, daß die bürgerlichen Sportverbände trotz ihrer angeblichen Neutralität sich offen zum Lager der arbeitfeindlichen Organisationen bekennen, daß sie nicht nur ideell, sondern auch praktisch in den Kampf des Bürgertums gegen die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen der Arbeiterschaft eingreifen. Aus dieser Tatsache sollten unsere Gewerkschafter die notwendige Schlussfolgerung ziehen, sich darüber klar werden, daß es überhaupt keine Neutralität gibt, daß jeder Gewerkschafter, der einer bürgerlichen Sportorganisation angehört, sich selbst bekämpft, und dadurch seinen Klassengenossen in den Rücken fällt.

Wer als freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter Sport betreiben will, der schließt sich dem Arbeiter-Turn- und Sportbund an, dessen Mitglieder Seite an Seite mit den freien Gewerkschaften für die Verwirklichung des Sozialismus, für die Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft wirken.  
Joseph Schopp.

### Eine neue Arbeitsgemeinschaft.

Die diesjährigen Betriebsrätewahlen dürften ein besonderes Interesse für sich beanspruchen. Dies wird nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern mehr noch von ihren Gegnern erkannt. Dazu kommt ein besonderer Umstand, der darin zu suchen ist, daß innerhalb der Arbeiterschaft ein harter Konflikt ausgebrochen ist. Die Kommunisten haben bekanntlich beschlossen, Sonderlisten für die Betriebsrätewahlen aufzustellen und, wenn nötig, mit den Unorganisierten zusammenzugehen. Diese neue Taktik richtet sich in erster Linie gegen die Gewerkschaften. Sie hat bei der Betriebsrätewahl der Berliner Verkehrs-A.-G. zu dem Ergebnis geführt, daß die gewerkschaftliche Liste geschlagen wurde. Dieser Sieg bei einem solch bedeutungsvollen Unternehmen hat den Kommunisten den Kamm schwellen lassen. Mehr aber noch herrscht eifrig Freude bei den Reaktionsären aller Schattierungen. Blätter, wie die „Kreuzzeitung“, die „Deutsche Tageszeitung“, die „Deutsche Zeitung“ schlagen förmlich Parabeln über den Sieg der Kommunisten. Ein bürgerliches Blatt, die „Vossische Zeitung“, schreibt anlässlich des Bekanntwerdens des Ergebnisses der Betriebsrätewahlen bei der Verkehrs-A.-G. folgende beachtenswerte Sätze:

„Man wird auf die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen in nächster Zeit überhaupt sorgfältig achten müssen. Die Kommunisten probieren dabei ihre neue Taktik aus, mit Hilfe der Unorganisierten den Gewerkschaften in den Rücken zu fallen. Die Unorganisierten bilden in den meisten Betrieben und in den meisten Landesstellen die Mehrheit der Arbeiter. Ihre Indifferenz gilt als der schwerste Hemmschuh für den Aufstieg der Arbeiterschaft. Sie tragen nicht die Bürde der Kampforganisationen der Arbeiterschaft und bilden bei allen Auseinandersetzungen ein Element der Unsicherheit. Daß die Kommunisten sich dieses „Treibholzes“ bemächtigen, bedeutet einen gefährlichen Anschlag gegen die Arbeiterbewegung. . . . Was bisher kein Unternehmerverband erreicht hat, das hoffen die Kommunisten zu schaffen: die Zerschlagung der Gewerkschaften und danach die Entfesselung wilder Streikbewegungen unter ihrer Kontrolle. Ihre Arbeit findet lebhafteste Unterstützung in der „Neuen Preussischen Kreuz-Zeitung“, dem Organ des Grafen Westarp, das die neue Taktik der Kommunisten als das „innerpolitisch bedeutendste Ereignis der letzten Jahre“ feiert. Die sozial-disziplinäre Haltung der gewerkschaftlich Organisierten sei die verlässlichste Stütze des Weimarer Systems und der eigentliche Garant des Verfallens Vertrags wie der Dawes-Ausbeutung.“ Welch ein Glück, daß Kommunisten am Werke sind, diese „sozial-disziplinäre Haltung“ zu zerstören!

Die „Vossische Zeitung“ hat recht. Die Unorganisierten bilden den schwersten Hemmschuh für den Aufstieg der Arbeiterschaft. Namentlich dann, wenn gewissenlose Demagogen sich dieses „Treibholzes“ bemächtigen. Wohin die Reise der Kommunisten geht, bescheinigen die obengenannten reaktionären Blätter zur Genüge. Gegen die Gewerkschaften hat sich ein Block von Unternehmern, Reaktionsären, Kommunisten und Unorganisierten zusammengeschlossen. In gemeinsamer Front rücken sie gegen das stärkste Bollwerk der Arbeiterbewegung vor. Es steht sehr viel auf dem Spiel! Unnützlich zu sagen, was jeder denkende Arbeiter zur Verteidigung seiner Organisation zu tun hat.

### Die Waldläufer.

Michel Schulz wurde von seinen Bekannten zu der Art Menschen gezählt, die scheinbar anstatt warmen Wines kalte Wasser in den Adern haben. Nichts konnte den Mann aus seinem Gleichmut bringen. Alles sprach von ihm als vom Automatenmännchen. Und doch gab's ein Thema, das den Schulzenwidel temperamentvoll und scheinbar werden ließ. Wenn er von seinem Verein, den „Waldläufern“ sprach. Da spielte er den Herrn Vorstand. „Da müssen Sie mal mit, jawohl, Sie müssen zu unserem Vereinsabend! Und am anderen Tage den Ausflug mitmachen!“ Seine Augen glühten vor Begeisterung. „Also hatte der Mann doch auch ein Ideal, das ihn innerlich warm werden ließ. Ich versprach, mir die Geschichte bei den „Waldläufern“ anzuhören.“

Im „Lustigen Mann“ hatten die Waldläufer ihr Vereinslokal. Der Herr Vorstand empfing mich am Vereinsabend mit Gebärden eines Mannes, der weiß, was er will. Er schmeichelte behaglich an seinem Zigarettenstummel und erzählte mit einem energiegelichen Witz seiner besten Handstücke glänzende Wiertröpfchen vom herrlichen Schmarbuck. Dem geschwätzte er sich eine hübsche Prüfte echten Landbühner Schmalz.

„Kahl, bring den Herrn ein Bier! So, setzen Sie zu mir her! Wissen, bei den jungen Leuten dort wird's später doch zu lebendig, ha . . . ha . . . habaha!“

Während der würdige Mann mit heftigstem Blick seine Vereins- beschäfte, machte ich Studien. In den Händen des Vereinslokals hing ebenfalls Kram: bunte Fischen, Wappen von Kappe, goldpapierener Glanz Schmuckereien. An der Theke des gewöhnlichen Wirtshauses des Vereins, ein Instrument des Sauffs, ein großes Trüchsen. Darin in goldenen Lettern der feierliche Spruch: Die alten Weisheiten stehen immer noch etas.

Durch die lehrstühleige Atmosphäre des Lokals wogte ein Geplapper wie auf einem heiligen mährischen Klavierspiel. Inzwischen quälten die jungen Herren die Herren des Vereinsabend. Die jungen Herren schwangen mit heftiger Eleganz ihre „Gangnigel“ - Zigaretten - Ich habe in meinem ganzen Leben keine so widerliche Dispositionen gesehen, als bei diesen organisierten Vereinsmitgliedern. Das Ganze glich einer menschlichen Menagerie, die sich geistig erstickten wollte. Durch den grauen Zafarabehel schmarbuckten zwei die roten Mützen der Waldläufer. Der lebendige Schmarbuck.

„Bitte, Herr Vorstand, warum fragen die Herren hier alle so nach Art Zerkennige?“

Der Vorstand legte den rechten Zeigefinger an die Nase und sah sehr wichtig: „Ja, mein Lieber, das kommt von der Verschmelzung. Die „Zerkennigen“ haben karriere gemacht und sind zu uns gekommen. Jetzt hab' ich Angst, so, alle müssen rote Zerkennigen sein.“

„Sende ist aber die Sache nicht so gedacht, als ob es ein Zerkennigen wäre!“ fragte ich hochmütig.

„Ah, wo denn!“ lachte der Herr Vorstand. „Schenz, halt so ein vergnügter Abend, weiter mit. Warten's, ich werd' jetzt die Red' halten!“

Anteilnehmend mochte nun der geistige Höhepunkt des Abends in Sicht sein. So rechnete ich. Der Herr Vorstand rückte seine Laraschnecke ins Gesicht, tat einen kräftigen Zug aus seinem Maßkrug, schob die große Vereinsglocke und legte los: „Meine lieben Waldläufer und verschmolzenen Lärchenbauern, Madie und Frauen! Mir san heut' da, um vergnügt zu sein. Wenn wir aus die ganze Woche plagt ham, woll'n wir a Freud ham. Jawoll! Und wir ham a Freud! Unser Verein hat morgen an großen Ausflug. Unser Verein - er lebe hoch! hoch! hoch! . . . An Ausflug mit Freiheit! hoch hoch, hoch!“

Und nun hab' der Herr Vorstand die Vereinshymne mit mächtigem Wierbuck also zu singen an: „Ein Prost, ein Prost der Gemütslichkeit . . . eins . . . zwei . . . drei . . . g'uffaaaa!“

Wichtig haben alle gelassen und mitgeschallt, daß die Fenster klirren. Die Damen zeterien und quirlten ihre Stimmen durcheinander: Bravo, nochmal so, Vorstand . . . a wunder-schöne Red' . . . grad wie der neue Stadtpfarrer. . . .

Die Tränen standen ihnen in den freudig glänzenden Augen. Der geehrte Herr Redner setzte sich. Triumphierend sah er umher wie ein preisgekrönter Eierhäupter. „Na, Sie, das war doch nobel!“ schrie der Mann und schüttelte mich im Vollgefühl geistigen Kulturbesitzes in seiner freudigen Erregung. In seinen Augen sprachte die Hingabe für kein Ideal, und sein Herz mochte höher schlagen.

„Ja, ich habe leider nichts über die Ziele und Bestrebungen Ihres Vereins gehört. Haben Sie bildende Unterhaltungsabende eingeführt, stehen den Mitgliedern gute Bücher zur Verfügung und . . .“ Weiter konnte ich nicht fragen.

„Himelstückenappertot!“ ächzte der Vereinsoberrst. „Unterhaltung-abende? Ja, ist das jetzt vielleicht net die schön' Unterhaltung? . . . zum Lesen auch was . . . oder soll mer gar Theater-hausmarkten wie der Doktor Faust? He? Abirgens ham wir a Bibliothek!“

Stützen Hauptes schritt der Mann an einen kleinen Wand-schrank und warf mir eine Anzahl Denksachen zu. Das war also die Bibliothek! Greifbarste Heftie und Bücher mit phantastischer Aufmachung. Die Titel: „Das Gespensfer-schloß im Wismarwald“, „Der Herr der schwarzen Bande“, „Die Geisterstern am Teufelsstein“ - lauter „schönegeistige Literatur“. Ein ganzer Stof' Wächlein mit der Aufschrift: „Die neuesten Salvaatbücher.“

„Also, was jetzt Frieden?“ schmunzelte der Herr Vorstand und barg die geistige Kraft wieder im Wand-schranklein. Unterdessen war den Waldläufern die Langzeit in die Beine gefahren. „Ja, ja, unser Fahnenjunker ist halt a ganzer Kerl. Er hat dem Verein ein Grammophon geschenkt“, lobte der Vorstand.

Männlein und Weiblein hoben und stießen sich tanzend in der Ecke des Lokals. Dazwischen schrie und taktete das Grammophon.

Der Fahnenjunker, kenntlich an der buntfarbenen Schärpe, wirgte einen Waldläufer derb am Hals. Ein großer Aufschrei! Gleich darauf taumelte einer mit blutigem Kopf unter den Tisch.

Da leuchtete auch schon der rote Turban des Vereinsoberrsten durchs Gemirr. Hände waren daran, zu schlichten. „Kommt halt bei jungen Leuten vor. Sichtig Blut!“ meinte der Herr Vorstand, als ich mich beim Abschied für das genossene Vergnügen schon bedankte. „Aber morgen in aller Frühe hol' ich Sie ab zu unserem Ausflug . . . und . . . hup . . . da wird's . . . hup . . . schön werden“, lallte der Lebenswürdige zur guten Nacht.

Als ich am anderen Morgen erwachte, führten goldglühende Sonnenstrahlen am Fenster lustige Reigen an. Wie das wogte und flimmerte, mit stummen Gebärden zum Naturgenuss ladend. . . . Und da stand auch schon mein Waldläufer-vorstand.

„Also los, zum Ausflug!“ schrie er in meine stille Kammer hinein.

Drunten am Wege standen meine Bekannten vom gestrigen Abend. Mitten drin der Fahnenjunker mit verbundenem Kopf. Durch blühende Anlagen und reisende Fruchtfelder führte der Weg. „Ja, was glauben's denn? Wir ham a Freinacht g'macht. Die meisten von uns. Und den Durst!“ jubelte der Herr Vorstand. „Ich mein, wir kehren bald ein“, meinte ein sehr gelehrter Herr. Ich wagte die Worte: „Wir wollen aber doch einen Ausflug machen, nicht wahr, Herr Vorstand?“

„Na freilich . . . aber frühstücken muß ma halt doch. Dort, im Garten, was? Da wird a frische Maß schmecken“, sagte der Herr Vorstand in einem entschiedenen Ton, der jeden Widerspruch von vornherein erzwangte.

Also saßen wir im Garten. „Radt und a Bier!“ befahl der Vorstand. „Ja so, a Musik ham mer auch. Aufgepielt! Aufgedraht wird!“ Die quiekenden Linie einer alten Ziehharmonika quirlten in den stillen Sonntagmorgen hinein. Da saßen die Leuten stundenlang beim Frühstück.

Herr Vorstand, ein herrlicher Morgen. Würden Sie nicht für den Anbruch sein? Wir wollen doch Ihrem Verein „Waldläufer“ durch den Ausflug Rechnung fragen!“ sagte ich.

„Hohoho! Haben Sie's gehört? Grad ham's a frisches Maß ang'stoben. Zahlt die Vereinskasse, wissens? Und nachher machen wir einen schönen Bier-schlopp! Da gib's nit!“ lachte der Oberwaldläufer.

Wald klafften die Spielkarten auf den Tischen. Dazwischen krähten die Leute mit Musikbegleitung wunderfame Melodien. In einem günstigen Augenblick entkam ich den Waldläufern.“

Als ich am Abend von einer prächtigen Fahrt durch Wald und Feld am Wirtshaus vorüberkam, saßen die Waldläufer immer noch da. Und der Stumpfsinn bockte unter ihnen und kicherte ein blödes Lachen in den rotglühenden Sonnenuntergang. In mir prägte sich ein guter und wahrer Sinnpruch. Er lautet:

Der freie Geist tobt sich nicht lärmend aus, er hat ein flüßes, aber tiefes Haus.

# Verkehrsbereitschaft

## Kunstblumen und Schmuckfedern in der kommenden Frühjahr- und Sommerfaison.

Der Verbrauch von Kunstblumen und Schmuckfedern zu Damenhut- und Damenkleidung ist in der Nachkriegszeit stark zurückgegangen. Eine Hauptursache dieses Rückganges ist, daß der für die Frühjahr- und Sommermode früher maßgebliche Strohhut fast vollständig aus der Mode ausschied und durch den Stoff- und Filzhut ersetzt wurde. Die Wandlung der Mode nach der gezeigten Richtung hatte ihre Ursache in der Not und der Geldarmut der ersten Nachkriegsjahre. So ist es zu erklären, daß statt der mit Schmuckfedern und Kunstblumen garnierten Strohhüte der Vorkriegszeit ungaranierte Stoff- und Filzhüte ihren Siegeslauf antraten. Auch der Kleidputz hat in den ersten Nachkriegsjahren im Vergleich mit der Vorkriegszeit eine Umwandlung erfahren, die sich zugunsten der Federn- und Kunstblumenindustrie auswirkte.

Seit Jahren ist eine rege Propaganda in vielen Ländern am Werke, die Damenputzmode durch Ausschmückung des Hutes und des Kleides mit Schmuckfedern oder Kunstblumen wie in der Vorkriegszeit wieder einzuführen. In den ersten Jahren dieser Propaganda, die in den Inflationsjahren ihren Anfang nahm und in den folgenden Jahren fortgesetzt wurde, war ein Fortschritt nur an wenigen Stellen festzustellen. Für das kommende Frühjahr und den Sommer ist jedoch mit aller Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen, daß die Wirkungen der jahrelangen Propaganda sich schon bemerkbar machen werden. Wohl man blickt und wo man auch Erkundigungen einzieht, überall kann festgestellt werden, daß die Damenmode in bezug auf Damenputz in diesem Jahre wieder viel Schmuckfedern und Kunstblumen verwenden wird. Das trifft auf das In- und Ausland zu.

Unter den Materialien, die zu Damenhüten verarbeitet werden, hat Stroh wieder gute Aussichten, in den Vordergrund des Interesses zu rücken. Neben Stroh werden Hanf, Plauerer Spitzen, Filz und ähnliche aus- und inländische Hütfornen verwendet. Filz macht durch seine bequeme Verarbeitung und seine vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten nach wie vor große Konkurrenz. Die neue Strohhutproduktion sucht dieser Konkurrenz dadurch zu begegnen, indem sie sehr weiches Stroh zur Verarbeitung verwendet. Das weiche Stroh hat den Vorzug, daß es zu allen Hütfornen Verwendung finden kann. Von Fachleuten wird diesem Umstande große Bedeutung beigemessen, weil sie der Auffassung sind, daß nunmehr für die Schmuckfedern- und Kunstblumenindustrie, letztere soweit sie zu Damenputz Verwendung finden, wieder bessere Zeiten anbrechen.

In den Modellhüten für die kommende Saison sind viele Neuheiten festzustellen. Die Ausschmückung geschieht in Deutschland durch Blumen und Schmuckfedern, aber mehr durch Blumen als durch Schmuckfedern. Der Ausputz ist verschieden. Hier einige Feststellungen: Aus bemaltem Schiffen werden schmale, lange Blätter gekniffen und mit ähnlichen Blättern aus Samt zusammen als Überzug für Hutkappe verwendet. Für Hüte aus Strohstoff finden kleine Blüten aus Sparterie Verwendung. Anemonen, Margueriten sowie kleine Feder-Chrysanthem sind zu Sträußen verbunden. Auch Hüten mit Perlmutterglanz in Rankenform um die Hutkappe gelegt oder zu kleinen Lüfts geordnet, sind festzustellen. Bei großen Hüten hat man große Blumen und Knospen um den Kopf garniert. Stiefmütterchen und Röschen werden als Nackengarnitur verwendet. Traubengebilde, Krepplilien und Samtblumen sind in verschiedener Form zur Ausschmückung festzustellen. Kurz gesagt: Die Mode versucht, für Damenhüte den Blumen- und Federnschmuck der Vorkriegszeit wieder einzuführen.

Aber die Verwendung von Schmuckfedern schreibt die Fachzeitschrift „Künstliche Blumen für Mode und Dekoration“ folgendes:

Schlech verkörpert wie immer sind die Ornamente und Bandens aus vielbunten Federchen, denen kleine metallische Effekte beigelegt sind. In mannigfachen Farben spielen die Flügel aus Reihfedern oder aus gelacktem Pfau. Sehr zur Verlebung der anliegenden Baretformen tragen die winzigen Federköpfe aus Strauß bei, selbst dann, wenn sie im Farbton des Hutes gehalten sind. Flach applizierte Vogelköpfe finden ebenfalls recht häufig Verwendung. Eine große weichfallende Glocke hatte eine Kopfhälfte mit einer ombrierten großen Federphantasie völlig verdeckt. Um eine glatte Kappe ist als Kopfsitz ein Band gezogen, das vorn von einer Reihe farbiger Federpatten verdeckt und garniert wird. Reihergestekte sieht man auf zahlreichen Modellen; am häufigsten sind die flach garnierten. So ist an der verkürzten Krempenseite einer Glocke eine flache, breitfallende Algreffe in blauer Nuancierung befestigt.

In einer ihrer weiteren Nummern sagt die gleiche Zeitschrift u. a.:

„Aus Federn in den Farben Orange, Gelb, Rot, Blau sind flache Vogelkörper mit ausgebreiteten Flügeln geklebt, die eine Glocke aus Hanfmateriale an Kopfsitz und Oberleib zieren. Schmale Hahnenschlappen sind noch schmaler geschnitten und durch eine Kopsfalte gesteckt; darüber legt sich quer ein grünes Schilfblatt. In einem schräg aufgeschlagenen Hütchen sind die Hahnenschlappen in ihrer natürlichen Form belassen und heben sich dunkel vom hellen Futter des Aufschlages ab. Minodes in Havanna-braun und Zitron stammen eine Stumpfenkappe an der Seite und der Rückseite; dem Gesicht zu bilden die Spitzen der Minodes eine kleidsamen Abschluß. Drei kleine grünlichgelbe Federphantasien in der Form winziger Minodes garnieren eine Kopsfalte eines marinenblauen Parasols. Bei einer anderen nach hinten sehr hiefigen Glocke liegen ähnliche Phantasien an der Rückseite des Kopfes. Reihern sind verschiedentlich an Frauenhüten angebracht. In einem Hut mit Aufschlag ist eine breite Reihergarnitur seitlich in letzteren gesteckt und fällt nach rückwärts rund gebogen nicht nach unten, wie an den jugendlichen Hüten, sondern nach oben. Eine gemellte Glocke ist mit dreieckigen Samtanflügen verziert; mehrere winzige Reihern in Minode, Marine und Rosa sind seitlich angebracht und fallen auf Krempen und Kopf. Jugendlich gesteckt sind zwei Reiherbüschel in Zitron und Schwarz, die abwärts gerichtet, bis unter Kränzhöhe herabfallen. Seitlich hochgehend ist ein ombrierter Federbüschel in den kleinen Samtanflügen einer Strobtoupe gesteckt.“

In Nr. 5 vom 2. Februar dieses Jahres wird über die Verwendung von Schmuckfedern zu Damenputz von dieser Fachzeitschrift folgendes gesagt:

„Sehr farbenprächtig sind häufig die neuen Garnituren aus Federmaterial. Eine rote Marquisform trägt seitlich tief angelegt eine Phantasia aus gespreiztem Fasan mit Strauß in weiß und rot. Verschiedenartig in Farbe und Musterung sind die runden und viereckigen Motive aus Federn, mit Wiska zusammen verarbeitet. Ein kleiner Fächer mit langem Stiel gleicht einem Silberfächer; der schmale Stiel, ebenfalls aus Fasan, ist durch kleine Straußhaken verbreitert. Hellgelbe- und havannafarbige Federn bilden in buntem Wechsel eine schmale neuartige Gürtelgarnitur. Kleine Laubfächer erscheinen nicht nur in Stoff, sondern auch in Straußapplikation. Muschelförmige Gebilde aus Federn hergestelt, zieren die Oberseite eines Krempenrandes; ihre Grundfarbe ist hell, quer laufen dunkle, leicht gebogene Streifen.“

Die Kunstblume für den Kleidputz hat unter der Modekrise nicht so sehr gelitten, wie das bei Schmuckfedern und Kunstblumen für Damenhutputz festgestellt ist. Daß die Kleider der Damen mit Kunstblumen ausgeschmückt werden, kann auch in der Nachkriegszeit festgestellt werden. Eine kurze Zeit unmittelbar nach Kriegsende bleibt hierbei außer Anschlag. Aber der Damenputz am Kleide war nicht Massen-, er war nur Einzelercheinung. Deshalb kann der Feststellung der Verwendung von Kunstblumen zum Damenkleidputz für die vergangenen Jahre nur wenig Interesse abgerungen werden. In der kommenden Saison scheint es anders zu werden. Aus

## Ford an die Unternehmer.

Es zeugt von schlechter Geschäftsführung, Gewinn aus den Arbeitern oder Käufern herauszuschlagen; die tüchtigere Leitung muß das tun. Hütel euch, das Produkt zu verschlechtern; hütel euch, die Löhne zu verbilligen und das Publikum zu überheuern. Steckt Gehirn in eure Geschäftsmethode, Gehirn und noch mehr Gehirn — macht die Sache besser als bisher; nur auf diese Weise wird sämtlichen Parteien gedient und geholfen werden. Das läßt sich zu jeder Zeit erreichen.

(Ford: „Mein Leben und Werk.“)

den festgestellten Einzelercheinungen der mit Kunstblumen ausgeschmückten Damenkleider verspricht eine Massenerscheinung zu werden, die sich nicht nur auf Damen, sondern auch auf Kinder ausdehnt.

Aber die kommende Damen-Kleidputzmode läßt sich die Fachzeitschrift „Künstliche Blumen für Hut und Dekoration“ in ihrer Nr. 7/1929 wie folgt aus:

„Leder, Filz, Seidenkrepp verarbeitet man zu Ansteckern für die Straße. In den dunkelfarbigen Schneiderkleidern sind weiße Kamelien sehr beliebt. Am Kragen eleganter Vormittagskleider und -kostüme verwendet man winzige Rosen in mehreren Farbtönen oder kleine Filzblumen. Man bringt zwei Anemonen oder zwei Nelken in schattierten gelblichen Tönen gern am Nachmittagskleide an. Große Mohlblumen aus Fäll oder Batist, kleine Sträuße von Ranunkeln in mehreren, meist kräftigen Farben vertreten den farbenprächtigeren Stil. In Kleibern, Hüten und Kostümen befestigt man Leberblüten, möglichst aus echtem oder imitiertem Schlangengleder; flach auf Hüte appliziert, ergeben sie eine sehr elegante dezente Farbwirkung. Aus Filzstoff werden kleine hängende Zweige angefertigt, die als Vorhänger dienen. Die neuen Abendtoiletten sind schon auf den Sommer eingestell. Ein Kleid aus hellem Kreppstain mit rückwärts verlängerter Rockpartie trägt am vorderen kurzen Rocksaum eine duffige Rosenrose in der Farbe des Kleides. Ein glattes Prinzkleid kontrastiert in seiner Schlichtheit mit einem form- und farbenreichen Blättermodell, das auf der Schulter befestigt ist. Andere große Phantasiablumen sind in der Mitte der Rockhöhe seitlich angebracht und lassen ein grazioses Rankenwerk bis zum Rocksaum fallen. Riesengroße Chrysanthemendienen dem Ausputz. Zu einer Kollekte aus Goldspitzen wurde an der Gürtellinie eine rote Schiffenblüte getragen; sie bestand aus fünf breiten Riesenblättern, deren mittleres in seiner ganzen Breite eingeroßt war; eine dazu gebundene halbe Blüte vergrößerte dieses Riesenmuster noch. Ein schlichtes aber hoch elegantes Kleid aus hell- und dunkelbraunem Kreppstain hat seine Schneepfanteile nur durch ein Seidenröllchen markiert, flach aufgelegte hell- und dunkelbraune Samtblüten die Spitze an der Vorderseite der Taille aus. Der breite drapierte Gürtel eines Samtkleides schloß mit einem Rosengesteck senkrecht ab; einige Rosenblätter fallen noch über den Gürtel hinab. Große Phantasiablumen sind mit einem Ketch aus Straußfedern abgefertigt oder die Blattränder sind mit bunten Steinchen besetzt.“

S. Eiflein.

## Frauenfragen.

### Die verheiratete Frau im Erwerbsleben.

#### II. Bestehen Unterschiede in der Beschäftigung verheirateter und unverheirateter Frauen?

Nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden vom Jahre 1927 sind auch über diese Frage besondere Erhebungen angestellt worden. Elise Lüders, Oberregierungsrat im Reichsarbeitsministerium, hat im Sonderheft über Arbeitsschutzfragen in dem Kapitel: „Beschäftigung verheirateter Arbeitnehmerinnen in Gewerbe und Handel“ darauf besonders hingewiesen. Die Erhebungen haben ergeben, daß wesentliche Unterschiede in der Beschäftigung verheirateter und unverheirateter Frauen eigentlich nicht festgestellt werden konnten. In den meisten Fällen ist bei der Anstellung von Arbeiterinnen ihre Tüchtigkeit ausschlaggebend. In den Betrieben wird aber angeführt, daß die Arbeitgeber bei Besetzung von Vertrauensposten, wie: Meisterin, Aufseherin, Vorarbeiterin usw. Verheiratete bevorzugen, weil sie zuverlässiger, gewissenhafter und seßhafter seien als jüngere, unverheiratete Frauen. Überhaupt würden verheiratete Frauen gern zu Arbeiten herangezogen, die gewisse Erfahrung erfordern.

Nach einem Hamburger Bericht werden Verheiratete besonders in solchen Betrieben beschäftigt, in denen sich die Arbeit unter unangenehmen Begleiterscheinungen (wie großer Hitze, Staub- und Dunstentwicklung, Risse, Schmutz usw.) abspielt. Hier darf wohl an die Arbeit in den Lumpenfortieranstalten erinnert werden, die überwiegend Arbeit verheirateter Frauen ist. Gerade die verheiratete Frau muß

durch die Not gezwungen, zur nächstgelegenen Arbeitsgelegenheit greifen, weil sie durch die Bindung an den Haushalt weniger wählbar sein kann als die ledige Arbeiterin.

In den Pflanzereien sollen in erster Linie Verheiratete bevorzugt werden, weil für diese anstrengende Arbeit kräftige, vollentwickelte Personen über 18 Jahre gebraucht werden. Die besonders guten Leistungen der verheirateten Frauen für die Fischindustrie im Schleswiger Bezirk werden in den Berichten ebenfalls hervorgehoben.

Für die Arbeitszeit besteht im allgemeinen kein Unterschied bei verheirateten und unverheirateten Frauen. Eine besondere Rücksicht auf den Haushalt wird nicht genommen und, da der größte Teil der beschäftigten Verheirateten unter wirtschaftlichem Zwang steht, auch meist nicht gefordert. Ausgenommen sind verschiedene ländliche Gegenden, aber auch nur zu bestimmten Jahreszeiten. So wird aus Württemberg u. a. berichtet, daß zu den Zeiten der Heu-, Getreide- und Kartoffelernte oft 10 bis 40 Prozent der Belegschaften, darunter natürlich auch die verheirateten Frauen, der Arbeit fernbleiben, und zwar je nach der Witterung eine bis drei Wochen. Verschiedentlich verwenden die verheirateten Frauen auch ihren Urlaub dazu, größere land- und hauswirtschaftliche Arbeiten zu verrichten. Hier kann natürlich von Erholung während der Urlaubstage keine Rede sein, um so weniger, als gerade die land- u. hauswirtschaftliche Arbeit große körperliche Anstrengung erfordert. Aber das sind ja alles nur „Nebenarbeiten“ für die verheiratete Frau, die sie auf diese Weise erledigen muß. Aus verschiedenen Industrien in ländlichen Gegenden, z. B. der Zigarren- und Bekleidungsindustrie, wird berichtet, daß die verheirateten Frauen kommen und gehen, wann sie wollen. Die Unternehmer, die dies natürlich nicht gern sehen, müssen sich aber damit abfinden, weil häufig Mangel an Facharbeiterinnen besteht und sie ihre eingearbeiteten Kräfte erhalten wollen.

An Verlängerung der Pausen haben die Frauen wenig Interesse, es sei denn, sie wohnen in ländlichen Gegenden oder in Orten, in denen Wohnung und Arbeitsstätte nicht weit voneinander getrennt liegen. Im allgemeinen ist aber die Verkürzung der Arbeitszeit und der Wegfall von Überstundenarbeit wichtiger als lange Pausen. Im Tarifvertrag der Krefelder Seidenindustrie ist aus Rücksicht darauf festgelegt worden, daß verheiratete Frauen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, bei der tariflich zugelassenen Mehrarbeit nicht über 51 Stunden hinaus beschäftigt werden dürfen. Im schlesischen Bericht wird gesagt, daß die verheirateten Arbeiterinnen gern in Wechselschicht arbeiten, weil dadurch die Arbeitszeit zusammengedrängt ist und im allgemeinen nur acht Stunden beträgt. — In dieser Frage besteht aber keine einheitliche Meinung. Verschiedentlich drängen die verheirateten Frauen nach längerer Arbeitszeit, um höhere Verdienste zu erzielen. Aber das ist nicht nur in Sachsen und nicht nur bei den verheirateten Frauen so, überhaupt nicht nur bei den Frauen. Solange eine Verbesserung der Frauenlöhne und eine fortschrittliche Verkürzung der Arbeitszeit nicht erreicht wird, bleibt eben die gesundheitliche Belastung der Arbeiterinnen bestehen, damit also eine besondere Belastung der Volksgesundheit. Darüber gibt es natürlich manche beachtenswerte Statistik. In einer weiteren Betrachtung wollen wir den Gesundheitszustand der verheirateten und unverheirateten Arbeiterinnen unter Zugrundelegung des amtlichen Materials aufzeigen. Anna Jammert.

## Wirtschaftliches.

### Interessengemeinschaft Opel-Werke—General-Motors-Corporation.

Die größte Automobilfabrik der Welt, die amerikanische General-Motors-Corporation, hat die Aktienmehrheit der Adam-Opel-Werke A. G. erworben. Damit ist eine Überwindung der deutschen Wirtschaft, so bezeichnet man ja wohl ähnliche Vorgänge, vollzogen, wie sie bisher noch nicht gesehen ist.

Das Aktienkapital, das sich in den Händen der Familie Opel befand, betrug 60 Millionen Mark. Wieviel davon an die amerikanische Gesellschaft übergegangen ist, kann aus den bisher vorliegenden Meldungen noch nicht entnommen werden. Die Veröffentlichungen darüber sind noch recht dürftig. Man kann nur indirekt auf die Summe schließen, wenn man liest, daß die General-Motors-Corporation von einer Investierung von etwa 120 Millionen Mark spricht. Die Opelwerke in Rüsselsheim sollen unter ihrer bisherigen Leitung als selbständiges Werk weitergeführt werden. Eine Vereinigung mit den Werken der General-Motors-Corporation in Deutschland in Vorhinein ist nicht beabsichtigt.

Aber die wahrscheinlichen wirtschaftlichen Wirkungen dieser Transaktion kann noch nicht viel gesagt werden. Es ist möglich, daß eine Belebung des deutschen Automobilmarktes stattfindet. Wahrscheinlich wird beabsichtigt, durch den Einbruch der General-Motors-Corporation die Ausfuhr nach den östlichen Ländern lebhafter zu gestalten. Soweit durch vermehrte Produktion und vermehrten Absatz neue Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten für die deutsche Arbeitererschaft geschaffen werden, wäre die amerikanische Gebirgsbahn zu begrüßen. Aber das Vorgehen der Opelwerke kann zu ähnlichen Vorgängen bei anderen an sich wirtschaftlich gesunden deutschen Werken führen. Es zeigt sich auch hier wieder, daß für die Unternehmer die Landesgrenzen keine Bedeutung haben, wenn diese ihre Interessen zu stark einengen. Internationalismus macht man gern den Arbeitern zum Vorwurf. Dabei sind die internationalen Verflechtungen des Kapitals viel weitergehend und viel stärker. Im Zusammenhang damit ist eine Bemerkung der „Frankfurter Zeitung“ nicht ohne ein gewisses Interesse. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt nämlich in ihrer Nummer 207 am Schluß eines längeren Artikels über die neue Interessengemeinschaft Opel-Werke—General-Motors-Corporation:

„Darüber hinaus aber wird man in Deutschland aus diesem Vorgang noch eine andere Lehre ziehen müssen, die nämlich, wie wenig Realität und wie wenig erstrebbar

Wille hinter gewissen nationalwirtschaftlichen Ideologien und Schlagworten stehen. Die Firma Opel hat mit am stärksten von allen deutschen Industrieunternehmen mit dem Schlagwort „Deutsche, kauft deutsche Waren!“ gearbeitet. Sie hat den Kauf ausländischer Automobile als eine Tat hingestellt, die für die deutsche Volkswirtschaft die gefährlichsten Folgen haben müßte. Und im Empfangsraum der Rüsselsheimer Werke hing lange Zeit ein großes schwarzweißrot umrandetes Plakat, auf dem zu lesen stand, daß die Firma Adam Opel Lieferanten, die in ausländischen Automobilen vorgefahren kämen, nicht empfangen. Herr Sloan und seine Unterhändler sind, wie man annehmen muß, in ausländischen Automobilen vorgefahren. Sie sind dennoch empfangen worden. Sie waren freilich Lieferanten — von Geld. Man sollte sich daran erinnern, wenn wieder einmal — an anderer Stelle der deutschen Produktion — mit solchen Schlagworten gearbeitet wird.

**Wer beunruhigt das Wirtschaftsleben?**

Die Unternehmerpresse beunruhigt seit Wochen die deutsche Öffentlichkeit mit der Behauptung, daß die bevorstehende Frühjahrslohnwelle das deutsche Wirtschaftsleben vollständig erschütterte. Ende März dieses Jahres laufen die Lohn- und Arbeitszeittarife für rund zwei Millionen Arbeiter ab. In den Monaten März, April und Mai gehen 242 Tarife mit über drei Millionen Arbeitern und Angestellten zu Ende. Diese Tatsache ist an sich nicht zu bestreiten. Auch kann natürlich nicht geleugnet werden, daß die Arbeiter den Versuch machen, ihre Löhne aufzubessern. Daraus aber eine Erschütterung des Wirtschaftslebens herzuleiten, bleibt der Demagogie der Unternehmerpresse vorbehalten. Doch die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, dieses Scharfmacherorgan in Permanenz, lüftet den Schleier auch nach der anderen Seite. Wir lesen in der Nummer 61 dieses Organs in dem Artikel „Die Frühjahrslohnwelle“ u. a. folgendes: „Ein Teil der Kündigungen ist von Arbeitgeberseite erfolgt. Zwischen den Kündigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist aber ein erheblicher Unterschied insofern vorhanden, als die gewerkschaftlichen Kündigungen auf eine durch Selbstkostensteigerungen verursachte Bemüßigung und Gefährdung der Wirtschaftslage hinauslaufen, während die Arbeitgeber fast durchweg mit ihren Kündigungen eine Stabilisierung des Lohnstandes und damit auch der Gekostungskosten und Preise verfolgen.“

Wenn die Arbeiter naturgemäß das Bestreben haben, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen auch in Zukunft in das feste System tariflicher Abmachungen zu bringen, so soll dies eine Sackgasse der wirtschaftlichen Entwicklung sein. Kündigen die Unternehmer hingegen die Tarife, um eine Lohnherabsetzung zu erzielen, so soll dies zum Segen der Wirtschaft gereichen. Solche Behauptungen können nur in Gehirnen geboren werden, die vom Haß gegen die Arbeiterklasse vollständig benebelt sind. Das genannte Blatt fügt zynisch hinzu, daß die Bestrebungen, Lohnkürzungen zu erreichen, teilweise von Erfolg gekrönt gewesen seien. Die Arbeiterchaft muß Vorbereitungen dazu treffen, daß derartige Triumphe in Zukunft unmöglich sind.

**Fortwährende Konzentration bei den Warenhauskonzernen.**

Die beiden Warenhauskonzerne Karstadt und Lindemann sind miteinander verschmolzen worden. Dadurch ist Karstadt zum größten aller Warenhauskonzernen geworden. Die übrigen Konzerne: Hermann Tieg (Berlin), Wertheim (Berlin), Leonhard Tieg (Köln) kommen erst weit hinter diesen neuen Warenhauskonzern. Der Gesamtumsatz der Gruppe Karstadt-Lindemann wird auf 400 bis 500 Millionen Mark geschätzt. Die Firma Hermann Tieg soll einen Umsatz von 250 bis 300 Millionen Mark haben. Die Firma Leonhard Tieg (Köln) hat mit der Debewa eine Einkaufsgemeinschaft abgeschlossen. Der Umsatz der letzteren Gruppe dürfte sich ungefähr in der Höhe desjenigen von Hermann Tieg bewegen. Die großen Warenhauskonzerne haben also eine gemeinsame Einkaufskraft von über 1 Milliarde Mark. Sie treten als geschlossene Großkäufer auf. Dadurch wird ihnen eine ungeheure Machtpotenz verliehen. Im Warenhandel liegt der Verdienst vielfach im Einkauf, weil die Preise durch Massenabnahme naturgemäß niedriger gehalten werden können. Es darf erwartet werden, daß auch die Kundschaft an diesen Vorteilen des Masseneinkaufs teilnimmt, andernfalls führen solche Zusammenschlüsse nur zu überhöhten Profitten. Die Kaufmänner haben an Warenhauskonzernen kein Interesse, wohl aber an billigen Verkaufspreisen. Die neueste Konzentration bedeutender Warenhäuser ist ein Beweis, daß die Idee der Warenhäuser trotz dem Gekläff der Kleinändler und Mittelständler marchiert. Die Kaufgenossenschaften haben allen Grund, sich gegen die erdrückende Konkurrenz der Warenhäuser zu wappnen. Die breite Masse der Mitglieder muß sie in diesem Kampfe unterstützen.

**Die russische Industrie 1927/28.**

Seit Jahren ist die Energie der russischen Wirtschaftspolitik auf die Entfaltung der Industrie konzentriert. In welchem Ausmaß die Industrialisierung fortgeschritten ist, zeigt das vom oberen Volkswirtschaftsrat aufgestellte Wirtschaftsprogramm, das für die nächsten fünf Jahre eine Kapitalinvestition in der Industrie in Höhe von 17,8 Milliarden Reichsmark vorsieht. Im Jahre 1927/28 erhöhte sich die Stoffproduktion der russischen Industrie um 23,3 Prozent, ihr Anteil an der Gesamtproduktion um 41,1 auf 47,9 Prozent. Auch das Anwachsen der industriellen Arbeiterchaft deutet die gleiche Entwicklung an. Denn während die russische Bevölkerung im Berichtsjahre sich um etwa 2 Prozent vermehrte, wuchs die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter um 7,3 Prozent. Für viele Produkte ließ sich der Anteil Russlands an der Weltproduktion gegenüber der Vorjahreszeit erhöhen, so bei der Kohle von 2,8 auf 3 Prozent, beim Eisen gegenüber 1927 von 4,1 auf 4,5 Prozent, bei Wolfram von 5,8 auf 7,5 Prozent. Seht man die Produktion

**Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang März 1929.**

Der starke Frost im Bunde mit der Konjunkturerholung haben im Februar Rekordzahlen der Arbeitslosigkeit gebracht. Nach den Zusammenstellungen der Arbeitsämter waren Ende Januar in Deutschland 3 003 069 verfügbare Arbeitsuchende vorhanden. Ende Februar dürfte sich die Zahl um weitere 200 000, also auf zirka 3 ¼ Million erhöht haben. Davon bezogen zirka 80 Prozent Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung und der staatlichen Krisenfürsorge.

Gegenüber dem Vorjahr liegt die Zahl der Arbeitsuchenden um mehr als eine Million höher.

Auch die Arbeitslosigkeit im Fabrikarbeiterverband ist im letzten Monat ganz außergewöhnlich stark gestiegen. Von der Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes wurden Anfang März 465 113 Mitglieder oder 98 Prozent der Gesamtmitgliedschaft erfasst. 42 Zahlstellen mit zirka 10 000 Mitgliedern fehlten in der Berichterstattung. Trotz der außerordentlich ungünstigen Arbeitsmarktlage konnten wir auch für den

letzten Monat wiederum eine, wenn auch geringe, Mitgliederzunahme feststellen, ein sehr beachtenswertes Zeichen für die starke Werbekraft des Verbandes und für die Stabilität der Mitgliedschaft. Von den in der Arbeitslosenstatistik erfassten Mitgliedern waren insgesamt 93 761 oder 20 v. H. arbeitslos und 29 130 oder 6,2 v. H. arbeiteten verkürzt. Jedes fünfte Verbandsmitglied war demnach arbeitslos und jedes 16. mußte verkürzt arbeiten. Die Verhältniszahlen für Anfang Februar und Januar waren 15,9 und 14,1 für Arbeitslose und 5,7 bzw. 4,0 für Kurzarbeiter. Eingegen waren Anfang März 1928 7,4 v. H. arbeitslos und 1,6 v. H. arbeiteten verkürzt. Während die Verhältniszahl für die vollarbeitenden Mitglieder des Verbandes in der gleichen Zeit des Vorjahres 92 v. H. betrug, ist sie in diesem Jahre auf 77,9 v. H., also um 15,3 v. H. niedriger.

Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriegruppen unserer Organisation gestaltet, geht aus der folgenden Übersicht hervor:

	Von je 100 Mitgliedern											
	waren arbeitslos						arbeiteten verkürzt					
	Ende Januar 1928		Ende Februar 1928		Ende Januar 1929		Ende Februar 1929		Ende Januar 1928		Ende Februar 1929	
	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.
<b>Verband der Fabrikarbeiter insgesamt:</b>	11,0	13,2	15,9	21,3	15,6	20,0	4,9	8,5	5,7	5,5	8,7	6,2
<b>In der Industriegruppe:</b>												
Chemische Industrie	7,6	11,4	8,5	8,4	13,2	9,5	3,7	8,7	4,9	3,1	7,2	4,1
Papier-Industrie	4,8	6,0	5,1	6,7	7,6	6,8	2,2	7,5	3,3	3,8	6,9	4,4
Nahrungsmittel-Industrie	13,5	16,5	14,3	10,6	19,3	17,7	2,7	2,1	2,6	2,1	1,0	2,8
Spiegelwaren-, Blumen-Industrie	30,8	17,2	23,4	28,5	17,0	22,4	18,1	18,7	18,4	18,4	23,0	20,5
Sonstige Industrien	24,2	14,1	21,2	27,4	15,4	23,7	3,4	6,1	4,2	3,3	5,9	4,1
<b>Keramischer Bund insgesamt:</b>	25,4	15,2	23,5	32,7	19,1	30,1	6,6	9,9	7,2	7,8	11,8	8,5
a) Porzellan-Industrie	12,4	9,6	11,3	13,0	9,7	11,7	18,4	14,8	17,0	20,4	15,7	18,6
b) Glas-Industrie	13,3	10,8	12,9	14,1	13,0	13,9	3,5	6,6	3,9	5,2	10,2	6,0
c) Grobkeramik und Baustoffe	36,7	28,5	35,7	49,8	40,4	48,7	4,1	3,5	4,2	4,8	5,9	4,9

Die Arbeitslosigkeit ist in allen Industriegruppen mit Ausnahme der Spielwarenindustrie — die allerdings einen außergewöhnlich hohen Prozentsatz an Arbeitslosen aufweist — gestiegen. Die große Kälte am Ende des Monats hatte in vielen Betrieben technische Produktionsstörungen hervorgerufen. 3. T. waren es die unmittelbaren Wirkungen der Kälte, wie Einfrieren der Gewässer usw., zum anderen Teil der durch Verkehrsstörungen verursachte Kohlenmangel, die zu Produktionseinschränkungen zwangen. Dadurch erscheint die Beschäftigungslage auch in solchen Industrien, die an und für sich weniger von Witterungseinflüssen abhängen, weit ungünstiger, als nach dem Stande der Konjunktur zu erwarten war.

Die niedrigste Arbeitslosigkeit von allen Industriegruppen weist nach wie vor die Papiererzeugungs-Industrie auf. Infolge der vielen durch die Kälte verursachten Produktions-einschränkungen ist die Zahl der Arbeitslosen jedoch auf 6,8 v. H. gestiegen. Auch die chemische Industrie weist eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit auf. Nach der Abgabe sind Hemmungen, insbesondere für die Düngemittelindustrie, aus dem lange anhaltenden Frost entstanden. In der Nahrungsmittel-industrie trat ebenfalls eine erhebliche Steigerung der Arbeits-

losigkeit ein. In der feinkeramischen und in der Glas-industrie ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit unerheblich, die Gesamtzahl jedoch recht ungünstig. Die größte Einschränkung der Beschäftigung hatte die Gruppe Grobkeramik und Baustoffindustrie zu erleiden. Dort waren Ende Februar über 50 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos oder arbeiteten verkürzt. Produktionsstörungen und Abgabemangel zwangen die Winterbetriebe der Ziegelindustrie, zahlreiche Betriebe der Zement- und Kalkindustrie, der Industrie feuerfester Erzeugnisse usw. zur Einschränkung, 3. T. zur völligen Arbeitseinstellung.

Nach der geographischen Verteilung war die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern unseres Verbandes am stärksten in den Landesarbeitsamtsbezirken Westfalen, Ostpreußen und Pommern, Bezirke, in denen der Anteil der Baustoffindustrie an der Mitgliedschaft unseres Verbandes besonders hoch ist. In den übrigen Bezirken lag die Arbeitslosigkeit in der Nähe des allerdings sehr hohen Durchschnitts. Den günstigsten Stand der Arbeitslosigkeit weisen Nieder- und Süddeutschland mit 14,7 v. H. der Mitglieder auf. Hoffentlich vollzieht sich mit dem Witterungsumschlag auch eine tiefgreifende Wandlung zum Besseren auf dem Arbeitsmarkt. G. R.

der einzelnen Industriezweige im Jahre 1927 gleich 100, so erhöhte sich diese im Jahre 1928 bei der Kohleerzeugung auf 110,8, bei der Stahlerzeugung auf 115,6, bei der Eisenerzeugung auf 124,5, bei der Kohlenproduktion auf 110,0, bei der Produktion von Baumwollfertigwaren auf 108,5, in der Schuhwarenindustrie auf 132,8 und in der Gummiwarenindustrie auf 122,9. Es bleibt allerdings, daß das Ergebnis der industriellen Tätigkeit auch im Wirtschaftsjahr 1927/28 keineswegs ausgereicht hat, den Warenmangel im Lande zu beseitigen oder nur wesentlich zu mildern. Es bleibt ferner, daß trotz Einstellung von Hunderttausenden neuer Arbeiter die Arbeitslosigkeit sich nicht verminderte, sondern sogar zunahm, da die Abwanderung vom Land in die Stadt nicht nachließ und andererseits der Abban des Verwaltungsapparates ständig neue Arbeitskräfte freisetzt.

**Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.**

**Das Ergebnis der Runo.**

Die Reichs-Unfallversicherungs-Woche, veranstaltet vom Verband der Berufsgenossenschaften, liegt hinter uns. Heute ist es an der Zeit, einmal ihr Ergebnis zu betrachten. Die gebildeten Ausschüsse nebst den Interzessionsräten der Runo standen stark unter dem Einfluß der Bürokratie. Mittel für eine größere Propaganda waren nirgends vorhanden. Dafür wurde recht viel geleistet, insbesondere von Doktoren, Professoren, Verwaltungsbeamten, Betriebsleitern usw. In allen Fällen wurden die allgemeinen Unfälle, die sich auf der Straße im täglichen Leben ereignen, hervorgehoben und an die Bevölkerung appelliert, mehr denn je bei dem steigenden Verkehr Vorsicht walten zu lassen.

Was ist geschehen, soweit die gewerblichen Betriebe in Frage kommen? Da haben die Referenten die Arbeiter ermahnt, bei ihrer Arbeit die allergrößte Vorsicht walten zu lassen. Die Herren Referenten wissen nicht, daß diese Vorsicht vom einzelnen gar nicht beachtet werden kann, weil ja das Tempo, besonders bei Handarbeit, von der zur Herstellung eines bestimmten Arbeitspensums zur Verfügung stehenden Arbeitszeit bestimmt wird. Jeder zührende Arbeiter hat im stillen gewünscht, all das, was ihm durch Wort und Bild erläutert wurde, in die Tat umsetzen zu können.

Wie haben nun die einzelnen Werke resp. die Berufsgenossenschaften die Runo aufgepfogen?

Die Firma E. Merck, Darmstadt, hatte zunächst ihrem Arbeiterrat zugesagt, daß in zwei Versammlungen ein Vertreter der Berufsgenossenschaft referieren sollte; für die Vertrauensleute, Betriebsbeamten, Werkmeister usw. war die Vorführung eines Films besonders vorgesehen. Die Versammlungen mußten infolge des unerbittlich hohen Krankenstandes für später verlegt werden. Der Jahrvortrag dagegen hat stattgefunden. Der Film selbst, herausgegeben vom Vorstand der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie, Sektion VII, hat nicht alle Teilnehmer voll befriedigt. Der Film zeigte in seinem ersten Teil das Kopfbildnis von Schwarz und seinen aus seinen damaligen Reichstagsreden zur Einführung der Sozialversicherung. Vergessen wurde nur sein bekannter Ausspruch: „Ohne Sozialdemokratie keine Sozialpolitik.“ Der übrige Teil war neutral aufgepfogen, er tut niemand weh und richtete lediglich den Appell an die Arbeiterschaft, vorsichtig bei der Arbeit zu sein.

Soweit die Pappen- und Papierindustrie in Frage kommt, haben sich die Berufsgenossenschaften die Arbeit recht leicht gemacht. Referenten konnten sie nicht zur Verfügung stellen. Dafür haben sie an die Betriebe Referenzmaterial überhand und gegeben, daß die Betriebsleiter resp. Firmeninhaber dies den Belegschaften zu Gehör bringen sollten. In einem einzigen Falle ist dies auch geschehen, und zwar bei der Firma W. Euler, Bensheim, die zu der Versammlung auch einen Vertreter der Organisation eingeladen hatte. Dort war es möglich, daß die Firma sowie der Vertreter der Organisation gemeinsam auf die Unfallgefahren hinwiesen konnten, jeder jedoch von seinem besonderen Standpunkte aus, und das Ergebnis dürfte dort zweifellos

das realste gewesen sein. Die Firma W. Euler hat auch am Sonntag darauf für ihren Betrieb in einer geschlossenen Kinovorstellung drei Filme laufen lassen, die auf die Unfallgefahren allgemein und betrieblich hingewiesen haben.

So ist das Ergebnis innerhalb unseres Blickfeldes doch ein recht mageres, und unsere Organisation kann immer noch mit Recht behaupten, daß 52 Wochen im Jahr praktischer Unfallbekämpfung durch die Betriebsräte, durch die Werkstätten und deren Funktionäre mehr wert sind als eine Woche Runo.

Ob die Runo das eine Ergebnis zeitigt hat, daß alle Betriebsräte mehr als bisher bemüht sind, für die Unfallbekämpfung mit ihrer ganzen Kraft einzutreten, das muß die Zukunft lehren. W. Lanfermann (Darmstadt).

**Arbeitersekretariate und Zeitschriftenversicherung.**

Abonnenten sogenannter Versicherungszeitschriften finden sich recht oft auf den Arbeitersekretariaten bzw. den Rechnungsstellen der Volkswirtschaft ein und suchen Rat und Hilfe, wie sie von solchen Abonnementsverträgen wieder freikommen. In seinem Jahresbericht 1928 bemerkt zu dieser Sache das Arbeitersekretariat in Pforzheim:

„Auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts waren es gegen Schluß des Geschäftsjahres vielfach Klagen wegen Abbestellung von Versicherungszeitschriften, die eine persönliche Verteilung notwendig machten.“ In den meisten Fällen zogen die Lieferanten die Klagen zurück, nachdem ihnen unsere Klageerwiderungen und Vertretungsanzeigen zugestellt worden waren. Das Erfreulichste daran ist, daß in immer größer werdenden Kreisen die Wertlosigkeit derartiger Versicherungen erkannt wird. Daran ändern auch die von Zeit zu Zeit veröffentlichten Dankagungen für Auszahlung von Versicherungssummen nichts. Könnte man als Antwort auf eine derartige Reklame immer an der gleichen Stelle die abgelehnten Zahlungen veröffentlichen, so brähe in ganz kurzer Zeit die ganze Herrlichkeit der Versicherungszeitschriften zusammen.“

**Verbandsnachrichten.**

**Ausgeschlossen**

wurde das Mitglied der Zahlstelle Goch-Clave: Gerhard Horstling, Buch-Nr. S II 779 536 auf Grund des § 14 Ziffer 3a und das Mitglied der Zahlstelle Frankfurt a. d. Oder: Paul Richter, Buch-Nr. 14 986, auf Grund des § 14 Ziffer 3d unseres Verbandsstatuts.

**Literarisches.**

Reisen. Der oben erwähnte Prospekt „Ferientouren 1929 mit den Naturfreunden“ enthält vier größere Reisen, und zwar je eine Reise nach Wien—Österreich und Hamburg—Helgoland—Ostsee sowie zwei Reisen in die herrliche Schweiz. Die Reisen gehen mit Sonderzug nach Wien, Hamburg oder Jülich und werden dort in kleinere Reisefahrten aufgelöst, die in einer großen Anzahl von Touren unter der Leitung von bewährten, wegdüngenden Führern die schönsten Gebiete der in Frage kommenden Länder besuchen.

Diese kleine Schrift ist mehr als ein bloßer Reiseprospekt, es ist ein Führer für interessante Gebirgstouren, abwechslungsreiche Fahrten von Ort zu Ort, schöne Heidewanderungen, von bauerndem Wert. Die Broschüre ist gegen Einblendung von 40 Pf. in Briefmarken von allen Ortsgruppenleistungen oder direkt vom Komiteeverein „Die Naturfreunde“ (Reichsleitung für Deutschland, Reichsleitung, Nürnberg, Sandersbühlstraße 5, zu beziehen.

## Aus der Industrie

### Chemische Industrie

#### Der Kreuger-Konzern eine Riesenfinanzierungsgesellschaft.

Die Gesellschaft Kreuger und Toll ist mit ihren zwei Tochtergesellschaften eine der größten Hallegesellschaften (Holdings) der Welt, die die Herrschaft über den schwedischen Zündholztrakt ausübt, außerdem an dem Welterztrakt Grangesberg, an dem schwedischen Kugellagertrakt und bei wichtigen schwedischen Banken maßgebende Beteiligungen besitzt. Der schwedische Zündholztrakt wie seine amerikanische Tochtergesellschaft, Internationale Zündholzgesellschaft (International Match Co.), geben, um das Zündholzmonopol in den verschiedenen Ländern zu sichern, billige Anleihen an die Regierungen, die ihnen dafür das Zündholzmonopol übertragen. In der letzten Zeit waren es nicht weniger als neun Staaten, denen vom Zündholztrakt Anleihen in der Höhe von 685 Millionen schwedischen Kronen gewährt wurden. Darunter erhielt Frankreich eine 75-Millionen-Dollar-Anleihe. Bei der Beschaffung der großen Kreditmittel war der Kreuger-Konzern auch bisher schon beteiligt. Jetzt soll er nun zu einer großen internationalen Finanzierungsgesellschaft ausgebaut werden, die Mittel für neue Staatsanleihen flüssig machen und die weitere Ausdehnung der genannten Welttrakte erleichtern soll. Zu diesem Zweck werden vom Kreuger-Konzern neue Aktien und Schuldverschreibungen ausgegeben, die dem Konzern einen Betrag von 109 Millionen Dollar neu zuführen sollen. Für das abgelaufene Jahr hat der Kreuger-Konzern den Betrag von 32,5 Millionen als eine 25prozentige Dividende verteilt. Der schwedische Zündholztrakt verteilte in diesem Jahre nur 15 Prozent, die Internationale Match Corporation 9 Prozent. Doch sind bei den Gewinnen dieser Gesellschaften das Wesentliche nicht die erteilten Dividenden, so hoch sie auch sein mögen, sondern die ungeheuren Gründergewinne, die bei der Ausgabe neuer Aktien und Schuldverschreibungen entstehen. Beträgt doch der Börsenwert der 270-Millionen-Kronen-Aktien des Zündholztrakts 1150 Millionen, die Vorzugsaktien der International Match Co. haben bei einem Nennwert von 47,2 Millionen Dollar einen Börsenwert von 190 Millionen, die Aktien des Kreuger und Toll bei einem Nennwert von 130 Millionen Kronen einen Börsenwert von 1000 Millionen. Diese Zahlen geben eine Ahnung davon, welche Gewinne die ursprünglichen Besitzer von Kreuger-Toll-Aktien eingestrichen haben.

#### Umgebogene Wissenschaft.

Im „Proletarier“ Nr. 45 vom 10. November 1928 haben wir eine Arbeit von Privatdozent Dr. Bramesfeld und Joseph Löffler in Darmstadt besprochen, die im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht ist und zu dem Ergebnis gelangte, daß Akkordarbeit die Unfallgefahren vermindert, wenn mit Einführung der Akkordarbeit eine Rationalisierung verbunden wird.

Dieser Ansicht mußten wir entgegentreten, da das herausgestellte Ergebnis allen bisherigen Erfahrungen widerspricht. In dem untersuchten Betrieb ist die Zahl der Unfälle viel höher, als im Durchschnitt der gesamten chemischen Industrie. Wir nahmen deshalb an, daß die Berufsgenossenschaft die Untersuchung veranlaßt hatte, was Dr. Bramesfeld aber in seiner Erwiderung bestritt.

Nunmehr ist es uns gelungen, festzustellen, daß der untersuchte Betrieb die pharmazeutische Fabrik Merck in Darmstadt ist. Pharmazeutische Betriebe sind nicht die gefährlichsten Arbeitsstätten in der chemischen Industrie. Wenn dieser Betrieb mit seiner Unfallzahl trotzdem weit über dem Durchschnitt liegt, hat die Firma wahrscheinlich ein Interesse daran gehabt, einen Prügelschlag für diese Zustände zu suchen, anstatt bei sich selbst Umschau zu halten und für Abhilfe zu sorgen.

Die beiden Verfasser haben diese Aufgabe erfüllt und machen für die zahlreichen Unfälle die Stundenlohnarbeiter verantwortlich, denen nachgesagt wird, daß sie durch die einschläfernde Wirkung zu langsamem Arbeitsgang gelangweilt werden, wobei Hemmungen des Arbeitsflusses entstehen. Dem Leser wird dann die Schlussfolgerung aus dieser Auslassung überlassen, die zwangsläufig zu der Annahme führt, daß die Arbeiter im Halbschlaf bei der Arbeit die Unfälle verschulden. (Eine solche Wissenschaft kann man im Halbschlummer entwickeln. Die Red.)

Solche Schlussfolgerungen sind zu gewagt, um sie einem öffentlichen Lehrer, wie es ein Privatdozent ist, zuzutrauen. Näher liegt der Gedanke, daß Herr Löffler, der Vorsteher der physikalischen Abteilung der Fabrik ist und die Aufgabe übernommen hat, den Betrieb unter Einführung von Akkordarbeit nach modernen Grundätzen zu rationalisieren, Dr. Bramesfeld diese Ansicht suggeriert hat oder für die Ausführungen allein verantwortlich ist.

Trotzdem wir damals davor warnten, diese angeblichen Feststellungen als wissenschaftliche Tatsachen zu buchen, haben verschiedene Zeitungen und Zeitschriften die Angaben als arbeitswissenschaftliches Ergebnis festgehalten. Wir sind deshalb gezwungen, das uns nunmehr vorliegende Material nochmals kritisch zu beleuchten, wobei schon an dieser Stelle ausgesprochen werden soll, daß aus dem Material unmöglich der Schluss gezogen werden kann, daß Akkordarbeit die Unfallzahl gänzlich, die Lohnarbeit dieselbe ungünstig beeinflusst. Wie die Artikelschreiber, die ja der Arbeit ein wissenschaftliches Mäntelchen umzuhängen versuchten, der Wissenschaft gegenüber ihre Ansicht rechtfertigen wollen, ist ihr Geheimnis. Wir nennen solche Kapirolen Afterswissenschaft.

Die Firma hatte im letzten Jahre auf je 1000 Arbeiter 124,13 (12,41 Prozent) Unfälle zu verzeichnen, während die Durchschnittszahl für die gesamte chemische Industrie 88,23 (8,82 Prozent) betrug. Wohlgermerkt, diese hohe Unfallzahl bezieht sich auf eine minder gefährliche pharmazeutische Fabrik, die unter dem Durchschnitt stehen mußte. Die Belegzahl von 2022 Personen wurde in drei Gefahrenklassen eingeteilt. Zur ersten, also höchsten Gefahrenklasse, die die chemischen Produktionsbetriebe umfaßt, wurden bei 390 Lohnarbeitern 80 Unfälle gezählt, oder auf 100 Arbeiter 20,52. Dagegen ereigneten sich bei 78 Akkordarbeitern 18 Unfälle oder 23,05 Prozent. Diese Zahlen bestätigen unsere Behauptung, daß bei vergleichbarer Arbeit Akkordentlohnung durch den Lohnanreiz die Unfallzahl steigert.

Die II. Gefahrenklasse umfaßt die Arbeiterschaft der Fabrikationsbetriebe, wo die chemischen Grundstoffe auf pharmazeutische Präparate weiterverarbeitet werden. Dazu gehören auch die Reparaturhandwerker und die Arbeiter, die Maschinenteile und ausgebaute Apparate im Hof transportieren müssen, sowie Läufer und Weißbinder. Insgesamt zählt diese Klasse 719 Arbeiter, wovon 589 Lohnarbeiter sind, die insgesamt 79 Unfälle = 13,9 Prozent erlitten, während auf 210 Akkordarbeiter 15 Unfälle oder 7,15 Prozent entfielen. Damit wollen die Artikelschreiber beweisen, daß die Lohnarbeit mit größeren Gefahren für die Arbeiter als die Akkordarbeit verbunden ist. Daß diese Ansicht grundfalsch ist, kann den Artikelschreibern nicht entgangen sein. Wenn sie eine brauchbare Statistik herausarbeiten wollten, mußten sie erkennen lassen, daß Reparaturarbeiten an Maschinen und Apparaten, ebenso der Transport von ausgebauten Maschinenteilen und Apparaten, wie auch die Läufer- und Weißbinderarbeiten, die ausschließlich im Stundenlohn verrichtet werden, erhebliche Gefahren mit sich bringen. Dagegen sind die Akkordarbeiter, wie Dreher und andere Handwerker an festen



Arbeitsplätzen, sehr viel weniger Unfällen ausgesetzt. Die Unfälle sind selbstverständlich bei den angeführten gefährlichen Arbeiten viel häufiger als bei den an der Werkbank stehenden Arbeitern. Mit Zeit- oder Akkordlohn hat das nichts zu tun. Wenn die Verfasser zu einem richtigen Ergebnis kommen wollten, hätten sie nachweisen müssen, daß die Unfallzahl bei den Akkordarbeitern nach Einführung der Akkordarbeit gesunken ist. Das haben sie aber nicht getan. Ihre sogenannte wissenschaftliche Feststellung entpuppt sich als gewollte Irreführung der Öffentlichkeit. Mit wissenschaftlicher Wahrheit hat das nur insofern zu tun, daß sie mißbraucht wird.

Bei Behandlung des Zahlenmaterials der III. Gefahrenklasse haben sich die beiden Herren in ihrer Argumentation aber selbst übertrieben. Ihre Beweisführung, daß Lohnarbeit größere Gefahren für die Arbeiter in sich birgt als Akkordarbeit, ist geradezu grotesk. 250 Lohnarbeiter dieser Klasse haben nämlich 16 Unfälle = 6,4 Prozent erlitten, während auf 525 Akkordarbeiter ebenfalls 16 Unfälle, also nur 3,05 Prozent, kommen. So befehen, haben die Artikelschreiber scheinbar recht. Aber sie haben verjäumt, bekanntzugeben, daß die 525 Akkord- bzw. Prämienarbeiter Frauen und Mädchen sind, die an Tischen die pharmazeutischen Präparate in Tuben, Dosen, Schachteln und Fläschchen füllen, diese Säckelchen dann etikettieren und in Kartons packen, wobei sie meist auf Stühlen sitzen. Normalerweise können bei solcher Arbeit überhaupt keine Unfälle eintreten, es sei denn, daß einmal eine Arbeiterin durch Unwohlsein vom Stuhl fällt. Darauf lassen sich aber die erfolgten 16 Unfälle nicht zurückführen, so daß wir uns berechtigt halten, auszusprechen, daß bei der Firma selbst ganz ungefährliche Arbeiten nicht ganz unfallsicher sind, was zur richtigen Beurteilung der außerordentlich hohen Unfallzahlen im Betrieb beachtenswert ist.

Die Lohnarbeiter dieser Gruppe sind mit dem Zuführen der zu verpackenden Präparate an die Arbeitsstätte, und dem Abtransport der fertigen Waren usw. beschäftigt. Dabei werden Handkarren und Kraftfahrzeuge verwendet und wird mit Kisten hantiert, wobei auch Gefäße mit ätzenden Stoffen fallen und zerbrechen können. Diese Lohnarbeit in der Unfallhäufigkeit mit der oben beschriebenen Akkordarbeit in Parallele zu stellen, sollte einem Arbeitswissenschaftler eigentlich nicht passieren. Diese unangebrachten Vergleiche werden aber leider von der Wissenschaft in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse als Arbeitswissenschaft verbucht. Dagegen wenden wir uns mit allem Nachdruck als Kenner der Verhältnisse und Vertreter der Chemiearbeiter. Wir möchten einmal hören, was für ein Hallo die Wissenschaftler anstimmen würden, wenn Gewerkschaftsvertreter den Mut anbrächten, mit derselben Leichtfertigkeit ein Material zu behandeln, um zu dem entgegengesetzten Ergebnis zu kommen. Wir halten uns aber an die Tatsachen und verschmähen solche Rabulistik. Darum sind wir auch berechtigt, uns im Interesse der Arbeiterschaft zur Wehr zu setzen, wenn versucht wird, solche Resultate als Wissenschaft auszugeben. Wenn Wissenschaft allgemein so wie in diesem Falle angewendet wird, dann hätte das Wort sehr bald den unangenehmen Beigeschmack wie das Wort Sophistik.

G. Haupt.

### Konferenz der Arbeiter der mitteldeutschen chemischen und Gummiindustrie.

Am Sonntag, dem 17. März 1929, fand in Leipzig eine Konferenz für die Arbeitnehmer der chemischen und Gummiindustrie Mitteldeutschlands statt.

Die Konferenz war von 159 Kollegen und 1 Kollegin besucht, die zur Frage der Kündigung des Bezirkslohnabkommens für die genannte Industrie Stellung nehmen wollten. Der Hauptvorstand war durch den Kollegen Grohmann vertreten.

Kollege Tolki (Magdeburg) eröffnete mit herzlichen Worten der Begrüßung die Konferenz und erteilte dem Kollegen Schneider (Erfurt) das Wort zu seinem Referat:

Die wirtschaftliche Lage ist zur Zeit nicht besonders günstig, das kommt ja in Mitteldeutschland durch die große Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Die Lage in der chemischen und Gummiindustrie ist aber nicht gerade als schlecht zu bezeichnen. Der Staat kann unmöglich achtlos an der großen Zahl der Arbeitslosen vorbeigehen, sondern muß Mittel und Wege finden, um Arbeit für sie zu schaffen. Dies gilt nicht nur für den Staat allein, sondern auch für die Arbeitgeber. Diese müssen möglichst viel Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß aufnehmen. Die Arbeitszeit darf nie länger als 48 Stunden pro Woche währen, besonders auch darum, weil es gerade in der chemischen Industrie immer noch Vorkommt, in denen Arbeiter in ihrer Gesundheit für die Arbeit geopfert werden. Es wird in letzter Zeit trotz der großen Anzahl von Arbeitslosen in der chemischen Industrie viel Sonntagsarbeit, besonders von Arbeiterinnen, geleistet. (Ist diese Frauenarbeit behördlich genehmigt?)

In den Betrieben wird auch darüber Klage geführt, daß von den Arbeitgebern ganz besonders jüngere Arbeiterinnen bei der Einstellung bevorzugt werden. Auf diese billigen Arbeitskräfte zurückzugreifen, hat die chemische Industrie doch wahrhaftig nicht nötig, wenn man vergleicht: Im 3. Quartal 1928 stand die Leistung der deutschen chemischen Industrie dem Werte nach um fast 50 Prozent höher als 1913 und um 62 Prozent höher als im 1. Vierteljahr 1925.

An der Aussprache beteiligten sich 15 Delegierte. Von allen Rednern wurde beantragt, den Lohnvertrag fristgemäß zu kündigen.

Der folgenden Entschließung wurde gegen 11 Stimmen zugestimmt:

Die Konferenz beschließt:

1. Die Verbandsleitung wird beauftragt, das Lohnabkommen für die chemische und Gummiindustrie zum 30. April 1929 zu kündigen.
2. Die Formulierung auf Lohnerhöhung wird auf Grund der Aussprache der Tarifkommission übertragen.
3. Die Konferenz spricht der Tarifkommission das Vertrauen aus und erwartet, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln versuchen wird, die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft beim Arbeitgeberverband zu vertreten.
4. Die Delegierten geloben, auf Grund ihres Verbandsstatuts und der Kongreßbeschlüsse den Ausbau der Organisation in den Betrieben weiter vorwärts zu treiben.

Die Aussprache in der Konferenz war sehr lebhaft, aber doch sachlich. Sie brachte die Einigkeit der Delegierten zum Ausdruck, die im Interesse der Arbeitnehmer der chemischen und Gummiindustrie liegt und die sich auch in diesem Sinne auswirken muß.

Ein Kollege, der die Aufgabe übernommen hatte, das im „Klassenkampf“ veröffentlichte Kampfprogramm zur Annahme zu empfehlen, blieb mit seiner Ansicht allein auf weiter Flur. Offenbar fühlte er sich selber nicht ganz wohl bei dieser Aufgabe. In der fast einstimmigen Annahme der Entschließung ist die Stimmung der mitteldeutschen Chemie- und Gummiarbeiter klar zum Ausdruck gekommen. Die Arbeitnehmer der chemischen und Gummiindustrie Mitteldeutschlands wissen, daß ihre Interessen nur durch den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands mit Erfolg vertreten werden können.

### Papier-Industrie

#### Konzern Feldmühle-Reisholz.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ zu berichten weiß, haben die Verwaltungen der Feldmühle-A.G. und der Reisholz-A.G. beschlossen, ihren Aktionären die Verschmelzung beider Firmen vorzuschlagen. Die Feldmühle gewährt für je 6000 Mk. Reisholz-Aktien 7000 Mk. Feldmühle-Aktien mit Dividende von 1929 an. An Stelle der Dividende für das zweite Halbjahr 1928 wird den Reisholz-Aktionären eine Vergütung von 6 Prozent angeboten. Für das Geschäftsjahr 1927/28 betrug die Dividende des Reisholz-Konzerns 12 Prozent. Die Reisholz-Vorzugsaktien in der Höhe von 180 000 Mark werden im gleichen Betrage in Vorzugsaktien der Feldmühle umgetauscht. Das Stammkapital der Feldmühle soll von 16,5 auf 26 Millionen Mark erhöht werden, wovon 7 Millionen Mark zum Umtausch der 6 Millionen Mark Reisholz-Aktien Verwendung finden sollen. Der Zusammenschluß soll zu einer Rationalisierung im gemeinsamen Holz- und Rohstoffkauf und zur Verfeinerung der einzelnen Betriebe mit dem in der Feldmühle hergestellten Zellstoff führen. Die gemeinsame Verwaltung wird voraussichtlich nach Steffin gelegt.

Nach der Verschmelzung der beiden Konzerne ergibt sich für den neuen Konzern folgende Produktionsfähigkeit:

Betrieb	Tägliche Produktion	
	an	in Tonnen
Feldmühle-Odermünde	Zeitungsdrukpapier	270
Reisholz-Düsseldorf	Zeitungsdrukpapier	180
Reisholz-Ilfers	Zeitungsdrukpapier	70
Reisholz-Flensburg	Zeitungsdrukpapier	48
Reisholz-Arnsberg	Kartonpapier	55
Feldmühle-Hohenkrug	Feinpapier	50
Feldmühle-Liebau	Feststoffe Papiere	8
Feldmühle-Odermünde	Zellstoffpackpapier	50
Feldmühle-Odermünde	Zellstoff	75
Feldmühle-Odermünde	Holzstoff	230

Durch diese Fusion würde der Konzern Feldmühle-Reisholz ungefähr ein Drittel der deutschen Zeitungsdrukpapier-Produktion erzeugen und damit auch eine ausschlaggebende Stellung im Drukpapier-Syndikat einnehmen.

Bisher besitzt Reisholz gemeinsame Holzeinkaufsinteressen mit dem Wschaffenburg-Konzern, die durch eine besondere Tochtergesellschaft für den Holzeinkauf in Finnland zur Geltung kommen. Da die Feldmühle gleichfalls eine eigene Holzeinkaufsgesellschaft in Finnland besitzt, so wird die Entwicklung lehren, ob Reisholz nach der Fusion sich im Holzeinkauf von Wschaffenburg löst oder umgekehrt die Holzeinkaufsgesellschaft der Feldmühle sich der Wschaffenburg-Reisholz-Einkaufsgesellschaft anschließt, wodurch die Feldmühle auch einen nicht unerheblichen Einfluß auf den Wschaffenburg-Konzern gewinnen würde.

Für die Arbeiterschaft der beiden Konzerne kann dieser Entwicklungsdirektion nicht gleichgültig sein, zumal besonders die Feldmühlen-Direktion auf sozialem Gebiete als äußerst reaktionär und durch ihre Förderung der gelben Gewerkschaften bekannt ist. Die Arbeiterschaft der beiden Konzerne muß den reaktionären sozialpolitischen Auswirkungen dieser Fusion durch einen guten Ausbau ihrer Gewerkschaftsorganisation im Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands begegnen.

Der Reichsholz-Konzern fördert die Gelben.

Die Fusion der Reichsholz-A.G. mit der Feldmühle-A.G. scheint auch in sozialer Beziehung nicht ohne Einwirkung auf die Generaldirektion der Reichsholz-A.G. zu bleiben.

Hans Lusch, der Obergebe in Rheinland-Westfalen, verfaßt an die Betriebsräte des Reichsholz-Konzerns folgendes Schreiben:

Dortmund, den 1. März 1929. Reichsmärkstr. 84.

Herrn A. R.

Sehr geehrter Herr A.!

Auf unser Schreiben vom 6. Dezember sind wir bis heute noch ohne Nachricht geblieben. Wir bitten Sie, uns auf der anliegenden Freipostkarte mitzuteilen, ob Ihnen eine Aussprache mit dem Unterzeichneten über die Gründung eines Werkvereins recht wäre.

Gerade für die dortige Arbeiterschaft wird es von großem Nutzen sein, wenn sie sich zu einem Werkverein zusammenschließt, da die kommenden Tarifverhandlungen seitens der Gewerkschaften sich zum Schaden der Arbeiterschaft auswirken werden.

Wir sehen Ihrer gefl. Nachricht entgegen und verbleiben mit deutschem Grusse

Verband Rheinisch-Westfälischer Arbeiter- und Werkvereine im R. v. A. gez. Hans Lusch.

Wie aus dem Schreiben des Obergebelen Lusch hervorgeht, hatte dieser bereits am 6. Dezember 1928 den Versuch unternommen, Betriebsratsmitglieder für seine gelbe Idee zu begeistern.

Um die Anbiederung der Gelben bei den Betriebsräten richtig zu verstehen, darf man nicht nur den Hinweis auf die kommenden Tarifverhandlungen beachten, sondern muß auch die Forderungen der Arbeitgeber mit in Rechnung stellen.

Lehrmittels-Industrie

Lehrmittel und Unfallversicherung in der Zuckerindustrie.

Es ist erstreblich, daß die Unfallversicherungsgenossenschaften immer mehr dazu übergehen, Aufklärung über die Unfallgefahren zu verbreiten, von denen die Arbeiter in den Betrieben umgeben sind.

Die Arbeit an den Zentrifugen ist jedem Zuckerarbeiter als eine der gefährlichsten Arbeiten bekannt. Trotz aller Schutzmaßnahmen und Vorschriften ereignen sich hier immer noch schwere Unfälle.

Der Vorarbeiter öffnet die Zentrifuge, während sie im Gange ist, um die Schleudermasse zu prüfen. Dabei haßt er mit dem Spachtel hinter die Krage, der Spachtel wird ihm gegen den Leib geschleudert, und mit einem Ausschrei stürzt er zu Boden.

Alsdann wird im Lichtbild und durch Schrift die Unterhaltung dargestellt, die sich über diesen Unfall anspinn. Ein Neuling, der eben erst im Betriebe eingestellt war und der die Vorschrift studiert hatte, hatte den Vorarbeiter ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß er gegen die Vorschrift handele, wenn er die Zentrifuge öffne, solange sie im schnellen Gange sei.

Die Wurzel alles Abels.

All diese Not, alle Ungerechtigkeiten und Unordnungen kommen nur daher, daß eine Klasse die Produktions- und Lebensmittel im Besitz hat und ihre Gesetze einer anderen Klasse und der ganzen Gesellschaft diktiert.

Jean Jaurès („Aus Theorie und Praxis“).

Auf keinen Fall durfte die Zentrifuge geöffnet werden, solange sie lief, dann konnte der Unfall nicht passieren.

Der weitere Film spielt sich dann in Form eines Gespräches beim Frühstück ab. Man bespricht diesen Unfall, und der alte Arbeiter, der früher einen Arm verloren hat und jetzt als Unfallvertrauensmann fungiert, läßt nun verschiedene Bilder an den Augen seiner Mitkollegen vorbeiziehen.

Ein Schmelz sollte in einer Saturaionspfanne ein Ventil nachsehen. Vorschrift ist, daß der Siedemeister vorher durch Licht prüft, ob sich Kohlenäure am Boden der Pfanne angesammelt hat.

Am Jahrschloß eines Elevators nimmt ein Schlosser das Schloß ab, um das Rad festzukleimen. Er wird abgerissen, bevor er das Schloßblech wieder ansetzt. Ein Arbeiter will die Staufferbüchse schmierern; er sieht, daß das Schloßblech entfernt ist und überlegt, ob er warten soll, bis es wieder angehängt ist.

Besondere Erwähnung verdient ein Unfall in der Rübenzuckermühle. Der alte Unfallvertrauensmann macht einen Arbeiter in der Rübenschwemme darauf aufmerksam, daß er nicht unterhöhlen soll.

Der andere ist ihm behilflich, daß er wieder hochkommt. Beide schamen sich vielsagend an und binden das Schloßblech wieder los. Endlich werden noch zwei Unfälle dargestellt, die beim Rangieren auf dem Eisenbahnkörper sehr leicht vorkommen.

Wagen. Mit Wache und Rot gelangt es, andere rangierende Wagen abzubremfen, damit er nicht von den beiden Puffern zerdrückt wird.

Außer den angeführten Beispielen zeigt der Film noch eine Anzahl Bilder von anderen Arbeitsvorrichtungen, bei denen Unfälle sehr leicht vorkommen können und fast in jedem Bild mahnt der Unfallvertrauensmann zur Vorsicht.

Der Film zeigt nun allerdings die Tendenz, die Schuld an den Unfällen in erster Linie den Arbeitern zuzuschreiben, indem die meisten Bilder so dargestellt sind, daß die Unfälle bei Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften vermieden werden könnten.

Die Zuckerberufsgenossenschaft wird nun im Laufe der nächsten Monate diesen Film in den Betrieben oder in sonstigen Versammlungen vorführen. Wir können unseren Kollegen nur dringend empfehlen, diese Versammlungen zu besuchen; sie können von diesem Anschauungsunterricht nur gewinnen.

Bewerkschaftliche Nachrichten.

Vorsicht! Rot Front sucht Dumms.

Der Rote-Frontkämpfer-Bund versandte mit Datum vom 27. Februar 1929 ein Rundschreiben an die Betriebsräte im Reich. Die Betriebsräte sollen zum 5. Reichstreffen des Roten-Frontkämpfer-Bundes zu Pfingsten in Hamburg Delegationen auf die Beine bringen und Maßnahmen treffen, um die Reise der Delegationen nach Hamburg durchführen zu können.

Rot-Front in Hamburg bedeutet Klamauk. Die Kommunistenführer brauchen Leute, die sich für sie verprügeln und einsperren lassen für die kommunistischen Großmäuligkeiten, Provokationen, Schießereien, für das Pfefferstreuen und die sonstigen Dummenjungenstreiche.

Kan nit verstaht!

„Daß der ‚Proletarier‘ die Wesensverwandtschaft zwischen der sozialistischen und kapitalistisch-materialistischen Weltanschauung nicht kennt, glauben wir gern. Das ändert aber doch nichts an dem Endeffekt der materialistischen Weltanschauung.“

Mer das ist doch Blödsinn, wirst du sagen, lieber Lesende. Gewiß, das ist es. Aber daran sind wir nicht schuld. Diese Sätze stehen tatsächlich gedruckt in der Nr. 6 der christlichen ‚Gewerkschaftsstimme‘ vom 16. März 1929.

Literarisches.

Christian Schmitz: „Die Welt der modernen Fabrik.“ Trotz der gewaltigen Bedeutung der Fabrikarbeit für alle Lohnarbeiter und Gehaltsempfänger ist die arbeitswissenschaftliche, betriebswirtschaftliche und werkpolitische Organisation der Industriearbeit fast nahezu noch eine Kriegswissenschaft des Unternehmens und seiner Betriebsfachleute.

„Kommunale Praxis“, Heft 8: Wilhelm Reil, Stenervereinsführungsgehes und Finanzangelegenheiten. Die Schrift enthält einen Vortrag, den der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Reil auf einer Konferenz der Steuerfachmänner der Sozialdemokratischen Partei im Januar 1929 gehalten hat.